



A 10940
POSTVERTRIEBSSTÜCK
ENTGELT BEZAHLT

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

LIGA LIBELL 168

01. JUNI 2018

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

Handel ja, aber nicht um jeden Preis!

Die Handelspolitik muss ihre soziale und ökologische Dimension stärken



Spargel: regional oder international?

Foto: www.pixabay.com / Lizenzfrei

Internationaler Handel ist derzeit wieder in aller Munde. Seit der US-amerikanische Präsident lauthals verkündete die heimische Stahl- und Aluminiumindustrie besser schützen zu wollen und zwar durch Strafzölle für andere Akteure des Welthandels, ist die Debatte um Protektionismus versus Freihandel wieder voll entfacht. Manch einer blättert jetzt schon genervt weiter, denn tatsächlich ist das immer gleiche Gejammer um Protektionismus oder Freihandel nicht nur ermüdend, sondern auch irreführend. Und doch

scheint es daran keinen Weg vorbei zu geben, denn nicht nur die Handelskommissarin wirbt in flammenden Reden für die Rettung des Freihandels. Auch der deutsche Wirtschaftsminister reiste kurzerhand nach Washington, um die Debatte zu beruhigen. Geradezu absurd, denn etwas beschützen – sprich protegieren – wird nicht nur von den USA praktiziert. Auch wenn diese sich zugeben rethorisch reichlich aufgeblasen in Szene setzen. Auch die EU schützt sich mit Anti-Dumping-Maßnahmen gegen Produkte, die den EU-Markt

überschwemmen könnten, aber zu vermeintlich wettbewerbsverzerrenden Bedingungen hergestellt wurden. Bestimmte schützende Maßnahmen sind unter einigen Bedingungen sogar im internationalen Handelsregelwerk der Welthandelsorganisation WTO möglich und sollte es darüber doch mal zum Streit kommen, tritt eben diese auch als Schlichter auf. Ein paar Strafzölle machen einen also nicht gleich zum Protektionisten – und was wäre auch so schlimm daran?

Schutzzölle für unsere regionalen Produkte?

Wir wurden von LIGA Libell gefragt, ob denn Mechanismen wie etwa Strafzölle nicht auch für die heimische Produktion interessant sein könnten, insbesondere im Fall des heimischen Spargels. Dieser entwickelt sich derzeit durchaus positiv. Allerdings lässt sich absehen, dass aufgrund der gewünschten Bestimmungen der Preis für den Spargel aus der Region steigen wird. Ist nun ein Wettbewerbsnachteil für die regionalen ErzeugerInnen zu erwarten? Müssen die regionalen Landwirte die Konkurrenz aus dem Ausland fürchten und gegebenenfalls davon ausgehen, dass sich deshalb ihr Spargel nicht durchsetzen wird? Dabei sind regionale Produkte,

« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »

DEUTSCHE AKTIONSTAGE NACHHALTIGKEIT VOM 30.05 - 05.06.2018
WEITERE INFORMATIONEN UNTER WWW.TATENFUERMORGEN.DE

wenn sie bestimmte Vorgaben erfüllen – beispielsweise ökologische Landwirtschaft auf kleinen bis mittleren Flächen – doch eine geringere Belastung für die Umwelt, da nicht zuletzt weniger CO₂ für ihren Transport ausgestoßen wird. Sollte es da nicht auch eine Möglichkeit des Schutzes geben?

Ja und nein.

Nein, weil Deutschland Teil des EU-Binnenmarktes ist. Innerhalb dieses Marktes können die Güter zu gleichen Bedingungen für alle Mitgliedsstaaten ausgetauscht werden. Einen Strafzoll gegen andere Mitgliedsstaaten beispielsweise gibt es so erstmal nicht.

Ja, weil es auf dem Weltmarkt durchaus Sinn macht mal nachzufragen, ob das denn wirklich sein muss, das bestimmte Güter, und das trifft insbesondere auf Agrargüter zu, wirklich um den ganzen Globus geschifft oder geflogen werden müssen. Es gibt seit langem eine breite handelskritische Bewegung gegen die WTO, die fordert Agrargüter nicht der Liberalisierungslogik der internationalen Welthandelsorganisation zu unterwerfen. Eine immer weiterführende Liberalisierung der Agrarmärkte nimmt keine Rücksicht auf soziale und ökologische Faktoren und schadet letztendlich den Bäuerinnen und Bauern in Schwellen- und Entwicklungsländern, aber auch im Globalen Norden wie beispielsweise Europa. Ein Weltmarkt macht eben nicht für alles Sinn. In Europa können wir vielleicht nicht ohne Smartphones aus China, aber wir können sicherlich ohne Spargel aus Südamerika auskommen.

Wollen wir wirklich Milch nach Afrika oder Nordamerika verkaufen?

Das Modell der industrielle Landwirtschaft, das nur auf Wachstum entkoppelt von der regionalen Nachfrage setzt, ist weder nachhaltig noch ökologisch. Doch es wird von einer aggressiven Handelspolitik Brüssels unterstützt. Derzeit werden eine Vielzahl neuer bilateraler Abkommen verhandelt oder abgeschlossen bei denen unter anderem die deutsche Agrarindustrie massives Interesse angemeldet hat. Außerdem verhandelt die Union schon seit langem mit den afrikanischen Staaten über verschiedene Freihandelszonen, bei denen

es insbesondere darum geht den bisher gewährten einseitigen Marktzugang afrikanischer Produkte zum europäischen Markt endlich aufzuheben, damit beispielsweise noch mehr Hähnchenteile, Tomaten und Milchpulver nach Afrika exportiert werden können. Doch gerade hier zeigt sich, welche große Verantwortung der internationale Handel hat. Die Geschichte der Zerstörung der regionalen Hühnerzucht in Ghana durch europäische gefrorene Hühnerfleischteile machte nicht nur hierzulande Schlagzeilen. Durch das Überangebot dieser deutlich günstigeren gefrorenen Teile konnten sich die lokalen ErzeugerInnen auf Dauer nicht behaupten. Somit wurden nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch die regionale Produktion zerstört.

Regionale Produkte sind gefragt

Der regionale Spargel muss sich zudem nicht verstecken. Regionale Erzeugung kann als gutes Beispiel dafür dienen, was wir global erreichen wollen: Natur- und Umweltschutz, Menschenrechte und Erzeugung gehen Hand in Hand, sprich Spargelanbau nicht in Naturschutzgebieten – regionale Produktion ist gut, aber nicht auf Teufel komm raus. Faire Löhne für gute Arbeitsbedingungen. Wenn dann doch mehr Spargel importiert werden muss, weil unsere Spargelanbauflächen nicht reichen, ist das auch nicht schlimm – solange er nicht aus Südamerika eingeflogen wird. Transparenz und Verantwortung sind gefragt.

Eine wichtige Überlegung hierzu dreht sich um den Warentransport – auf-

INHALT	
S. 1	Handel Ja, aber nicht um jeden Preis!
S. 3	Ein Berg Müll und ein Haufen Ärger
S. 6	Landschaftsförderverein im Einsatz gegen Windräder im Wald
S. 8	Politische Bildung Meeresschutz und Meeresschmutz
S. 9	Einmal Heißezeit und zurück
S. 12	Aktueller Stand des Bibermanagements
S. 14	Bedingungsloses Grundeinkommen
S. 16	Projekt „Lebenswerte Natura 2000-Gebiete“
S. 17	Frieden schaffen ohne Waffen
S. 18	Aktualisierte Rote Liste der Libellen



Große Auswahl - wenig Transparenz

grund des gemeinsamen Binnenmarktes eine Überlegung, die innerhalb der EU interessant ist, aber aus ökologischer Perspektive weltweit angewandt werden müsste: Transportpreise, die ökologische Wahrheiten sprechen. Noch werden Transporte, ob innerhalb der EU oder auch weltweit, auf verschiedene Weise stark subventioniert. Ein Produkt, welches mehrere tausend Kilometer reiste, kann somit immer noch günstiger als ein regionales Produkt sein und die VerbraucherInnen sind sich der ökologischen (aber teils auch sozialen) Kosten im Zweifelsfall nicht mal bewusst. Transportwege und -preise könnten also beispielsweise als Regulierungskriterium dienen.

Es bedarf einer Restrukturierung der internationalen Handelspolitik anhand von sozialen und ökologischen Prinzipien für die Handelsbeziehungen von morgen. Und das führt uns wieder zurück zu den Strafzöllen. Wir finden, dass die Diskussion um Trumps Strafzölle viel zu einseitig geführt wird. Die Debatte um Protektionismus versus Freihandel kann eben keine Inspiration sein wie Handelspolitik funktionieren kann, sondern es geht vielmehr darum aufzuzeigen, wie Handelspolitik anhand ökologischer, sozialer Prinzipien aufgebaut sein sollte. Dies geht deutlich über eine ideologische Debatte um Protektionismus und Freihandel hinaus. Ein Blick hinter die Drohgebärden der Debatte lohnt sich also: Aus Brüssel und Berlin wird die derzeit herrschende US-amerikanische Rhetorik kritisiert und verdammt. Die Alternative ist aber nicht - wie in Brüssel und Berlin gepredigt - die schrankenlose weitere Marktöffnung und Deregulierung, wie sie die EU mit den 20 Freihandelsabkommen plant, die sie noch in der Pipeline hat. Der globale Konkurrenzkampf aller

gegen alle ist ein Irrweg. Die letzten Jahrzehnte der Handelspolitik haben gezeigt, dass dieser Weg immer mehr Verlierer als Gewinner bringt.

Stärkung der sozialen und ökologischen Dimension

Statt weiterer bilateraler Handelsabkommen, die dazu dienen, unsere Agrarüberschüsse zu exportieren, sollte die EU einen Reformvorschlag vorlegen, der das Welthandelssystem und die WTO anhand bestimmter Prinzipien wie Umwelt und Klima, Menschenrechte und ökonomische Sinnhaftigkeit, neu ausrichtet. Multilateraler Handel auf Augenhöhe darf nicht länger nur ein Lippenbekenntnis sein. Anstatt den Status Quo zu bejammern, bestünde ein erster konkreter Schritt darin, die Ratifizierung von Ceta zu stoppen und die laufenden Verhandlungen über 20 neue Freihandelsabkommen einzufrieren.

Die alten, vom neoliberalen Geist der vergangenen Jahre geprägten Verhandlungsmandate sollten aufgehoben werden und in einem offenen, demokratischen und transparenten Prozess neu aufgestellt werden. Ziel wären Nachhaltigkeitsabkommen, mit denen der Handel auf die UN-Nachhaltigkeitsziele, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz verpflichtet wird. Somit könnte die Handelspolitik endlich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden. Öffentliche Dienstleistungen wären komplett ausgenommen, Investor-Staat-Klagen beendet und das Vorsorgeprinzip nach dem europäischen Verständnis klar verankert. Das schafft eine vernünftige Balance zwischen regionalen Märkten und Weltmarkt. Die EU würde damit zur Vorreiterin für die Transformation hin zu einem Weltwirtschaftssystem, mit dem wir das Pariser Klimaabkommen

und die nachhaltigen Entwicklungsziele erreichen, die Menschenrechte weltweit achten und eine Weltwirtschaft etablieren, die mehr Menschen Wohlstand bringt, ohne dabei die Grenzen unseres Planeten zu sprengen.

- Jürgen Maier
- Nelly Grotefendt



Jürgen Maier

Foto: Forum Umwelt und Entwicklung



Nelly Grotefendt

Foto: Forum Umwelt und Entwicklung

Ein Berg Müll und ein Haufen Ärger

Wer den Namen Eurologistik Umweltservice GmbH hört, denkt zuerst vielleicht nur an den Abfallentsorger. Doch im Ort Massen und Umgebung gibt es auch kritische Stimmen, die sich Gehör verschaffen wollen und mit diesem Namen nicht nur Gutes verbinden. Immer wieder gibt es Beschwerden von Anwohnern und Grundstücksbesitzern über weggewehrten Müll vom Firmengelände

der Eurologistik GmbH. Im Jahr 2007 berichtete die RUNDSCHAU bereits über eine Schulklasse der Grundschule Massen, die, mit Müllsäcken und Greifern ausgerüstet, durch den Wald am Massener Gewerbegebiet zogen. Die Kinder sammelten den Müll auf, den der Wind zuvor vom Firmengelände der Eurologistik GmbH wehte. Vom Betriebsleiter Maik Klemann wurden

damals Zäune in Aussicht gestellt, die in Zukunft verhindern sollen, dass Müll weit über das Betriebsgelände hinaus verteilt wird. „Dennoch können wir nicht 100-prozentig garantieren, dass nicht doch mal was nach draußen geweht wird“, so Klemann damals. Diese vorsichtige Formulierung des Betriebsleiters ist jedoch nicht mit der Menge des tatsächlich verstreut liegenden Mülls zu



Der Müllflug hat große Ausmaße

vergleichen, denn Müllflug scheint nach wie vor ein großes Problem zu sein! Die Eurologistik GmbH versucht laut eigenen Angaben der Vermüllung umliegender Flächen entgegenzuwirken, indem eine maschinelle Reinigung erfolge und wöchentlich Mitarbeiter Müll sammeln würden. Auch Thomas Wienke, Leiter der Feldwirtschaft auf den Massener Höfen, sagt: „Das ist leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“. Kunststoffteile würden sich in Zäunen der mehrere hundert Meter entfernten Milchviehanlage verfangen. Vieles wird jedoch verweht oder landet auf Äckern, die unter anderem von den Massener Höfen bewirtschaftet werden. Plastik sei sogar in der Ernte zu finden, da Erntegeräte die Müllstücke aufnehmen würden. Eine technische Trennung sei hier nicht möglich, berichtet Wienke. Manchmal biete sich die Gelegenheit, Teile heraus zu sammeln. Aber nur, wenn die Stücke groß genug seien. Natürlich ließe sich somit nur ein geringer Teil und längst nicht alles entfernen. Neben dieser Schwierigkeit und den Umweltbeeinträchtigungen ergebe sich noch ein weiteres Problem, wie Wienke zu berichten weiß: Plastikmüll verfängt sich auch in Pflanzen, die als Futtermittel dienen (beispielsweise Mais). So kann Plastik letztendlich zusammen mit diesem Futter bei den Tieren landen. Diese würden die Kunststoffe dann automatisch auch fressen. Zusammen mit dem Dung der Tiere landet das Plastik schließlich wieder auf den Äckern, wo es, je nach Kunststoffart, bis zu 600 Jahre für den Zerfall benötigt. Anschließend ist der Kunststoff jedoch nicht abgebaut,

sondern lediglich in winzige Stücke zerfallen. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass ein biologischer Abbau von Kunststoffen nicht möglich ist. Der Müll von Eurologistik ist bei den Massener Höfen ein altbekanntes Problem. Mehrmals wurden bereits Beschwerden beim Amt Massen eingereicht. Nach der Ansicht von Thomas Wienke hat sich jedoch nichts verbessert: „Es ist alles so geblieben“. Auch im Amt Kleine Elster ist der problematische Müllflug von Eurologistik nur allzu gut bekannt. Detlef Bönisch, Leiter des Fachbereiches Regiebetriebe, sagt: „Was will man machen?“ und zuckt resigniert mit den Schultern. Vorgegebene Auflagen seien von Eurologistik zwar erfüllt worden, so Bönisch, doch verbessert hat sich wenig. Thomas Wienke ist der Meinung, dass höhere Fangzäune errichtet werden müssten, um den Müllflug einzu-

schränken. Das mag sicher ein guter Anfang sein. Laut Eurologistik wurden im vergangenen Jahr umfangreiche Zaun- und Bedüsungsanlagen errichtet. Somit soll Staub- und Partikelflug bei normalen Wetterlagen größtenteils unterbunden werden. Doch noch immer bestehen weite Teile der Zaunanlagen der Eurologistik GmbH lediglich aus herkömmlichem Maschendraht mit den üblichen großen Maschen. An anderer Stelle fehlt ein Fangzaun dagegen völlig oder ist unsachgemäß angebracht (siehe Fotos). Kunststoff lässt sich nach wie vor in großen Mengen rund um das Gelände finden. Leichte und kleinere Plastikteile werden sogar in Waldstücke geweht, die über einen Kilometer entfernt von der Müllanlage liegen. Um den Müllflug von kleinen Plastikteilen zu verhindern, ist auch die Maschengröße des Fangzaunes entscheidend. Durch größere Maschen kann natürlich auch mehr hindurch. Eurologistik verweist jedoch auf Anfrage der RUND-SCHAU darauf, dass die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) eingehalten werden. Somit sieht sich der Abfallentsorger formal im Recht. Dieses Gesetz besagt jedoch u. a., dass Anlagen so zu betreiben sind, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen, die große Nachteile und Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft bedeuten, hervorgerufen werden. Gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, die große Nachteile und Belästigungen hervorrufen, muss nach dem Stand der Technik mit entsprechenden Maßnah-

Foto: Grüne Liga Brandenburg e. V.



Das Betriebsgelände der Eurologistik GmbH

Foto: Grüne Liga Brandenburg e. V.



Müllverschmutzung am Straßenrand

Foto: Grüne Liga Brandenburg e. V.

men Vorsorge getroffen werden. Das Landesamt für Umwelt (LfU) Cottbus ist dafür verantwortlich, dass Eurologistik das Bundesimmissionsschutzgesetz tatsächlich einhält. Dazu werden in unregelmäßigen Abständen auch unangekündigte Kontrollen beim Abfallentsorger durchgeführt. Auf eine Anfrage der RUNDSCHAU gab das Landesamt für Umweltschutz bekannt, dass erst kürzlich, am 06.03.2018, eine Kontrolle bei Eurologistik Massen durchgeführt wurde. Das Landesamt für Umweltschutz ist jedoch der Auffassung, dass sich die Situation vor Ort verbessert hat, da Beschwerden aus benachbarten Gewerbebetrieben nachlassen würden. Weiterhin seien die Verunreinigungen das Resultat der jüngsten Witterungsperiode mit starkem Ostwind und Frost, da die Bedüsungsanlage außer Betrieb genommen werden musste, so das LfU. Zusammenfassend stellt das Amt fest, „dass, abgesehen von gelegentlichen Beanstandungen, die Firma EUROLOGISTIK den Wertstoffhof Massen genehmigungskonform betreibt.“ Weiterhin heißt es: „Es gibt keinerlei Veranlassung für nachträgliche Anordnungen zum Anlagenbetrieb, für eine Betriebsuntersagung oder für eine etwaige Beseitigung der Anlage.“ Das Landesamt für Umweltschutz ist also mit dem jetzigen Zustand der Anlage zufrieden, genauso wie mit dem anhaltenden Müllflug. Vielleicht ist ein Großteil des herumliegenden Mülls tatsächlich auf die kalte und stür-

mische Witterung zu schieben. Dann müsste sich das Landschaftsbild aber nach dem letzten Sturmtief „Friederike“ vor knapp zwei Monaten deutlich verbessern. Das bleibt abzuwarten. Bei einer Besichtigung vor Ort stellte die RUNDSCHAU fest, dass Fangzäune lückenhaft, defekt oder unzureichend hoch sind. Angesichts dessen kommt schnell die Frage auf, wie es Eurologistik geschafft haben soll, die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes einzuhalten und warum das Landesamt für Umweltschutz, angesichts vermüllter Wälder und Äcker, keinerlei Handlungsbedarf sieht. Die Müll-Debatte könnte künftig noch erschwert werden, denn im Juli 2017 wurde Eurologistik von der Veolia GmbH & Co. KG gekauft. Dieses globale Unternehmen ist um ein Vielfaches größer als Eurologistik und nicht nur in der Abfallbranche tätig. In die negativen Schlagzeilen geriet Veolia vor allem mit dem 2010 in Deutschland veröffentlichten Film: „Water Makes Money“ („Wasser bringt Geld“), in dem von investigativen Journalisten die zweifelhafte Vorgehensweise von Veolia aufgedeckt wurde. In dem Verkauf der Eurologistik-Gruppe an Veolia sieht auch Thomas Wienke ein Problem, denn es würden sich natürlich die Wege deutlich verlängern, „um mal jemanden zu erreichen“, so der Leiter der Feldwirtschaft. Die Veolia GmbH & Co. KG hat ihren Sitz in Hamburg, doch ursprünglich stammt das Unternehmen aus Frankreich.

Ursache und Wirkung

Man kann sich sicherlich fragen, ob es nicht ein Armutszeugnis sei, dass Kinder der 5. Klasse einem zertifizierten Abfallentsorger den Müll hinterher tragen müssen. Doch eines darf dabei nicht vergessen werden: Der Müll ist nur die Wirkung, nicht die Ursache des Problems. Das Bild der vermüllten Landschaft um Eurologistik hat sich in den letzten Jahren nicht geändert. Auch wenn angeblich neue Zäune errichtet worden seien. Beim Anblick der Zaunanlagen kommt schnell der Verdacht auf, dass Eurologistik nur irgendetwas vorweisen wollte, um behaupten zu können, dass etwas für den Umweltschutz getan wurde. Denn auch hier geht es nur um das Geld, da (wirksame) Zäune Geld kosten würden. Die Machtlosigkeit des Amtes Kleine Elster kommt dem Abfallentsorger da gerade recht. Auch wenn Eurologistik behauptet, das Gelände regelmäßig zu säubern, ist eine Reinigung nicht zu erkennen. Die Vorgehensweise von Eurologistik ist mit Sicherheit zu verurteilen und muss deutlich verbessert werden. Auch deshalb ist die Bewertung des Landesamt für Umwelt absolut nicht nachvollziehbar und ein Skandal. Doch auch in Zukunft wird weiter Müll produziert. Es kann also jeder selber seinen Teil beisteuern, indem Müll, überall wo es möglich ist, eingespart wird. Ein erster Schritt wäre, bewusster einzukaufen und auf Verpackungsmüll im Supermarkt oder Plastiktüten zu verzichten. Massen und Umgebung haben ein Müll-Problem. Ein Teil davon wird sicher auch von Autofahrern verursacht. Nicht zu vergessen sind zum einen jene, die zuvor bei McDonalds waren und ihren übriggebliebenen Müll achtlos aus dem Auto werfen und zum anderen illegal entsorgter Haus-/Großmüll. Vermutlich wissen diese Leute es einfach nicht besser. Auch ihr Verhalten ist nicht hinnehmbar. Wer sich jedoch im Massener Gewerbegebiet und Umgebung selber ein Bild von der Situation machen möchte, wird schnell zu dem Schluss kommen, dass der ganz überwiegende Teil des Mülls vom Firmengelände der Eurologistik GmbH stammt. Doch dort hat man sein Gewissen offenbar verkauft und so kümmert es keinen.

■ Grüne Liga Brandenburg e. V.

Landschaftsförderverein im Einsatz gegen Windräder im Wald



Waldlichtung im Windeignungsgebiet 34

Foto: Detlef Hase

Seit mehr als drei Jahren setzt sich das GRÜNE-LIGA-Mitglied Landschaftsförderverein Oberes Rhinluch e. V. ein gegen die Planung und Ausweisung eines von der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel angeordneten Windeignungsgebietes (Nr. 34) im Landkreis Oberhavel im Wald bei Beetz, Sommerfeld, Hohenbruch, Neu- hof und Neuendorf zu verhindern. Hier sollen auf 452 ha Fläche ca. 20 Wind- räder entstehen. Dieser als „Schleuener Heide“ bezeichnete Teil des Waldes gehört zur sogenannten „Rüthnicker Heide“, ein ca. 6.000 ha (100 km²) gro- ßes und unzerschnittenes Waldgebiet nordwestlich von Berlin, das zu DDR- Zeiten für militärische Zwecke genutzt wurde. Durch die Großflächigkeit bietet diese Waldfläche Lebensraum für viele, teils streng geschützte und seltene Tier- und Pflanzenarten. Zwei Drittel der „Rüthnicker Heide“ wurden im Jahr 2010/2011 der Deutschen Bundes- stiftung Umwelt Naturerbe GmbH als Nationales Naturerbe (NNE) übertragen. Ziel ist es, in den nächsten Jahren mit Unterstützung der Bundesforst einen Wildniswald zu entwickeln, der sich ab einem bestimmten Zeitpunkt (nach Entnahme von Kiefern zur Förderung der Entwicklung eines naturnahen

Laubmischwaldes, über 100-jährige Kiefern dürfen verbleiben) völlig selbst überlassen werden soll ohne jegliche weitere forstliche Nutzung. Die Bun- desregierung hat sich bereits 2007 in ihrer „Nationalen Strategie zur biologi- schen Vielfalt“ zum Ziel gesetzt, dass sich bis zum Jahr 2020 die Natur auf mindestens 2 % der Landesfläche „nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten“ ent- wickeln soll. Dies ist insoweit beachtlich, dass sich Deutschland nicht nur auf die Einhaltung der Klimaschutzziele verständigt hat, sondern auch auf die Ziele zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität.

Die Rüthnicker Heide ist vielfältig ge- prägt: Es befinden sich dort neben lichten Kiefernforsten unterschiedlicher Altersstruktur Eichen-, Hainbuchen- so- wie Rotbuchenwälder mit eingestreuten Birken und mit teils sehr altem Baum- bestand. Aufgrund der militärischen Nutzung bis 1990 sind zwei offene Heidelandschaften und Trockenrasen- flächen entstanden. Versteckt im Wald befinden sich Feuchtgebiete und ein Moor, das in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität zu Berlin wieder- vernässt werden soll. Die Grundlagen hierfür sind bereits geschaffen worden. Diese Vielfalt, Unzerschnittenheit und

Abgeschiedenheit der „Rüthnicker Heide“ bietet Seeadler, Fischadler, Wander- falke (Baumbrüterpopulation), Rau- fußkauz, Rot- und Schwarzmilan sowie Hohltaube, Schwarzspecht, Wendehals, Kranich, einer Graureiherkolonie, di- versen Fledermauspopulationen und 45 gefährdeten Wirbeltierarten ideale Lebensbedingungen. Selbst der sehr störungsempfindliche Schwarzstorch hat kürzlich wieder einen Brutversuch im Gebiet unternommen. Auch über- fliegen viele Kraniche und Gänse diesen südlichen Waldteil auf ihrem Weg zum Naturschutzgebiet „Oberes Rhinluch“, einem international bekannten und bedeutsamen Kranichrastplatz, sowie zu den Nahrungsflächen in das an den Wald angrenzende Schleuener Luch.

Doch mit dieser trügerischen Ruhe und Idylle könnte es bald vorbei sein: Im süd- lichen Teil des riesigen Waldes, in der sogenannten Schleuener Heide, sollen sich bald ca. 200 m hohe Windräder drehen! Ein nicht zu unterschätzendes Risiko bei den für das Rhinluch typi- schen Nebelwetterlagen. Und dabei ist gerade dieser von den Bauplanungen ge- gefährdete Waldteil trotz ebenfalls vorhan- dener Kiefernkulturen ökologisch am Wertvollsten: Die durch in den 1990er Jahren durchgeführte Kiefernrodungen entstandenen Freiflächen mit bereits einsetzender natürlicher Waldverjün- gung bilden unter anderem ein ideales Jagdrevier für besonders windkraftsen- sible Greifvogel- und Fledermausarten. Hier befinden sich auch teils über 150 Jahre alte Laubbäume, zahlreiche Bio- topbäume (Altbäume, Höhlenbäume, dickstämmiges stehendes und liegen- des Totholz) und naturnahe Waldparti- en sowie eine strukturreiche Waldkante aus Laubmischwald und Sträuchern. Ein ideales Jagd- und Wohnquartier. Inmitten des Windeignungsgebietes hat ein Vereinsmitglied eine stattliche Rotbuche entdeckt, die in einem Meter Höhe einen unglaublichen Stamm- umfang von 6,20 m aufweist und schätzungsweise 250-300 Jahre alt ist. Der ökologische Schaden bei der Umset- zung der Windkraftplanung in diesem Wald wäre immens. Seine Bedenken zur Nutzung dieses



Ein Kiefern-Buchen-Mischwald im Windeignungsgebiet 34

Foto: Detlef Hase

Gebietes für die Windstromerzeugung hat der Landschaftsförderverein ausführlich gegenüber der Regionalen Planungsgemeinschaft im Zuge der Offenlegung der zwei Entwürfe zum sachlichen Teilplan „Freiraum und Windenergie“ geäußert. Während die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt verwaltete NNE-Fläche endlich als „hartes Tabukriterium“ geführt wird, ist der als Schleuener Heide bezeichnete Teil weiterhin ungeschützt. Das ist insoweit unter Umständen planerisch nachvollziehbar, wird doch im Regionalplan dieses Gebiet lediglich als ein „monostrukturierter Kiefernforst“ angesehen, in dem es wenig Konflikte mit der vorhandenen Fauna und Flora bei der Errichtung von Windkraftanlagen geben dürfte. Dass dies nicht so ist, ergibt sich aus dem Vorstehenden. Wahrscheinlich spielen Eigentümerinteressen eine nicht unerhebliche Rolle bei der zu erwartenden Ausweisung als Windeignungsgebiet, denn größter Flächenbesitzer im potenziellen Wald-Windeignungsgebiet ist der Landkreis Oberhavel, dessen oberster Dienstherr zugleich Vorsitzender des Regionalvorstandes und der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft ist! Dabei haben sich Landrat und Kreistag durch Beschlussfassung bereits seit längerem dafür ausgesprochen, in den Wäldern des Landkreises eine ökologische Waldbewirtschaftung durchzuführen. Diese begrüßenswerte Bewirtschaftung wird jedoch jetzt aus unserer Sicht mit den Planungen zur Errichtung von Windkraftanlagen in

diesem schützenswerten Wald ad absurdum geführt!

Der Landschaftsförderverein hat seit 2016 vier Protestversammlungen für den Erhalt des Waldes organisiert, drei Eröffnungen einer Foto- und Informationsausstellung mit Bildern aus dem Windeignungsgebiet 34 und dem Titel „Rettet diesen Wald“ durchgeführt und eine Petition ins Leben gerufen, die sich an die Regionale Planungsgemeinschaft, den Landrat des Landkreises Oberhavel sowie den Kreistag Oberhavel richtet. Dem Petitionsmotto „Naturschutz statt Naturzerstörung – Keine Windräder in unserem Wald!“ haben sich fast 3.000 Bürgerinnen und Bürger angeschlossen, darunter annähernd 2.000 aus dem Landkreis Oberhavel. Es gilt nunmehr,

mit dem Rückenwind unserer Unterstützer, die Planungsgemeinschaft wiederholt zum Entfernen des Windeignungsgebietes 34 aus dem sachlichen Teilplan aus natur- und artenschutzrechtlichen Gründen aufzufordern und zugleich den Kreistag Oberhavel davon zu überzeugen, die kreiseigenen Flächen nicht für die Errichtung von Windkraftanlagen bereitzustellen. Mit einer Entscheidung der Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel wird im späten Frühjahr des Jahres gerechnet. Die Übergabe der Petitionsunterschriften nebst Kommentaren der Unterzeichner an den Planungsstellenleiter, Landrat und an den Kreistagsvorsitzenden ist mittlerweile öffentlichkeitswirksam erfolgt.

Ob Planungsgemeinschaft und/oder Kreistag unserem wichtigen Anliegen zum uneingeschränkten Erhalt dieses wertvollen Lebensraumes nachkommen, bleibt abzuwarten. Im Sinne des Naturschutzes wäre es sehr begrüßenswert.

■ Sebastian Partzsch

Der Autor ist seit 2015 Vorsitzender des Landschaftsfördervereins Oberes Rhinluch e. V. Der Verein wurde 1991 in Oranienburg gegründet. Ihm gehören 200 Mitglieder an.v (Nähere Informationen zum Sachverhalt unter www.oberes-rhinluch.de/windkraft)



Waldkante am Schleuener Luch im Windeignungsgebiet 34

Foto: Detlef Hase

„Politische Bildung – Meeresschutz und Meeresschmutz“

Ein Bericht über eine Seminarfahrt



Naturschutz an der Ostsee

Foto: Stefan Kuckuck

Mein Name ist Stefan Kuckuck und ich absolviere zurzeit einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) beim Grüne Liga Brandenburg e. V.. Heute ist der 09.04.2018 und ich fahre mit dem Zug nach Stralsund. Ziel ist das Bildungszentrum des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BaFzA) in der Gemeinde Barth im Ortsteil GUTGLÜCK.

Das angebotene Thema des Seminars „Politische Bildung - Meeresschutz und Meeresschmutz“ weckte neben der schönen Ostseelandschaft am Darß mein Interesse.

Der Leiter des Bildungszentrums Herr Dr. Westphal und sein Kollege begrüßten die über fünfzig Seminarteilnehmer. Dr. Westphal stellte die Einrichtung vor und gab organisatorische Hinweise zum Ablauf des Seminars. Anschließend diskutierten die Teilnehmer mit Dr. Westphal aktuell politische Themen.

Neben dem Thema Meeresschutz gab es noch weitere Seminarthemen so z.B. das Thema Inklusion. Die Teilnehmer, die in unterschiedlichen Einrichtungen sowohl mit sozialem und auch ökologischem Schwerpunkt tätig sind, fanden sich entsprechend der angebotenen Seminarthemen in Arbeitsgruppen zusammen.

Für den Meeresschutz interessierten sich 24 Bundesfreiwillige. Nach einer Vorstellungsrunde beantworteten wir auf einem Fragebogen fünf thematische

Fragen. Abgefragt wurden die Erwartungen und Vorstellungen der Teilnehmer. Mein persönliches Interesse galt der Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll und die daraus resultierende Bedrohung für Flora und Fauna.

In vier Kleingruppen arbeiteten die Teilnehmer selbstständig an Themen wie zum Beispiel die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll, die Folgen der Überfischung und die Vorstellung der Rote Liste Arten, die am Ende der Seminarwoche der gesamten Gruppe präsentiert wurden.

Am zweiten Tag widmeten wir uns anfangs aktuell weltpolitischen Themen wie der Wahl von Trump und deren Auswirkungen auf die Außenpolitik, die wir dann mit allen Seminarteilnehmern diskutierten. Im Anschluss bekamen wir in vier Kleingruppen die politische Situation mit einem Seil darzustellen. Die Teilnehmer der anderen Kleingruppen mussten dann diese Seilinstallation interpretieren, diskutieren bzw. nachvollziehen.

Die nächste Aufgabe bestand darin, einen Fragebogen zu beantworten, wie jeder persönlich in täglichen Lebenssituationen bzw. Lebensbereichen nachhaltig agiert. Die Auswertung der Fragebögen ergab unseren ganz persönlichen ökologischen Fußabdruck. Es wurde den Teilnehmern klar, dass man persönlich im Alltag in allen Lebensbereichen Ressourcen einsparen und

somit nachhaltig agieren kann.

Am Nachmittag unternahmen wir einen Ausflug nach Stralsund. Zur Auswahl standen der Besuch des Meeresmuseums oder des Ozeaneums. Beide Museen gehören zur Stiftung Deutsches Meeresmuseum. Unsere Projektgruppe „Plastik im Meer“ entschied sich für den Besuch des Ozeaneum. Der in den Meeren entsorgte Plastikmüll wird durch Meeresströmung tausende Kilometer transportiert und wird an die Küsten gespült. Plastik zersetzt sich durch Sonneneinstrahlung und zerfällt in kleinste Mikropartikel. Diese gelangen in die Nahrungskette und stellen eine enorme Gefahr für die Tierwelt dar.

Der Dritte Tag wurde mit dem virtuellen Spiel „Fish Banks“ eingeläutet. Die Teilnehmer der vier Kleingruppen tauchten ein in die Welt der Fischereierunternehmen. Das Spiel ermöglicht die Simulation von zehn Jahre Fischfang, wobei neben wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen, auch die Folgen deren Handeln für die Meeresfauna transparent gemacht werden. Die betriebswirtschaftlichen Strategien der virtuellen Unternehmen hatten nur die eigene Gewinnmaximierung vor Augen. Schlussendlich wirtschafteten alle Gruppen so „gut“, dass das Meer leergefischt wurde – Lektion gelernt.

Im Anschluss zeigte man uns eine kritische Dokumentation über die Überfischung der Weltmeere.

Auf der Exkursion am vierten Tag wanderten wir einige Kilometer am Ahrenshooper Strand und besuchten anschließend den Nationalpark „Vorpommersche Boddenlandschaften“.

Zum Abschluss des Seminars wurden die Arbeitsergebnisse der Kleingruppen präsentiert. Meine Gruppe entwickelte zum Thema „Umweltschutz und Plastik“ in Anlehnung an das bekannte Spiel Monopoly ein Brettspiel. Die Verabschiedung war herzlich und jeder trat mit vielen neuen Informationen und Eindrücken die Heimreise an.

■ Stefan Kuckuck

Einmal Heißzeit und zurück

Kann man Kipp–prozesse rückgängig machen?

Die menschliche Zivilisation überlastet und destabilisiert das System Erde in vielfältiger Weise. Die Hauptbedrohung resultiert aus der exzessiven Nutzung fossiler Brennstoffe und der damit verbundenen Aufheizung des Planeten. Deshalb hat sich die Weltgemeinschaft im Pariser Klimavertrag völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, die Erderwärmung auf 1,5 bzw. weit unter 2 Grad (etwa 1,8) zu begrenzen und die Emissionen entsprechend zu senken.

Doch die Menschheit ist weiter dabei, die „Planetaren Leitplanken“ zu durchbrechen und das System Erde, möglicherweise irreversibel zu destabilisieren. Die derzeitigen, völlig unzureichenden freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Treibhausgas (THG)-Reduzierung bedeuten faktisch ein „weiter so wie bisher“ und würden eine Erderwärmung von mindestens 3,2 Grad verursachen, die sich aber eher als eine von 6 Grad und mehr erweisen dürfte. Doch bereits eine Erwärmung von reichlich drei Grad wäre dramatisch, wenn man bedenkt, dass jedes Grad Temperaturerhöhung langfristig zu einem Meeresspiegelanstieg von 2 bis 3 Metern führt. Eine neuere Studie des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) gibt eine Faustformel vor: fünf Jahre Verzögerung der Reduzierung verursachen 20 cm zusätzlichen Meeresspiegelanstieg. Das ist schon schlimm genug. Aber je länger eine substanzielle Reduzierung der Treibhausgasemissionen hinausgezögert wird, desto weiter schreiten auch die Kippprozesse im Klima- und Erdsystem voran und heißt es nicht, gekippt ist gekippt?

Die Kippunkte sind, laut Prof. Schellnhuber, dem scheidenden Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), bereits viel näher als bisher gedacht.

Eine symbolische Klimapolitik des Aufschubs und der Vertagung, des so tun „als ob“, wie in den vergangenen 25 Jahren, in denen sich die Emissionen verdoppelt haben, ist auch mit dem Etikett freiwilliger Selbstverpflichtungen nicht mehr verantwortbar.

Die Erde können wir nicht manipulieren.

Entweder wir bleiben innerhalb der lebensfreundlichen Rahmenbedingungen, die das Klima- und Erdsystem seit Jahrtausenden aufrecht erhält, oder wir fallen aus dem Rahmen. Entweder wir bleiben im Rahmen des Möglichen oder wir werden ihn auf immer verlassen.

Das kann man so doppeldeutig nehmen, wie es gemeint ist. Die Erde ist schon dabei, die Schwelle zur Heißzeit zu überschreiten und in einen lebensfeindlichen Systemzustand überzugehen, was wir noch verhindern, aber nicht rückgängig machen können.

Jenseits von Kippunkten treten verstärkt positive, also verstärkende Rückkopplungen mit anderen Elementen des Klimasystems auf, so dass sich die Veränderungen wechselseitig aufschaukeln. Am Beispiel der Arktis zeigt sich das besonders deutlich.

Die Arktis ist bereits gekippt,

erinnerte uns eisige Polarluft zum meteorologischen Frühlingsanfang, der Polarwirbel war zusammengebrochen. Gleichzeitig war es in der Arktis viel zu warm, teilweise wärmer als in Mitteleuropa, was zu massiven Eisverlusten und der bisher geringsten Meereisbedeckung führte. Wobei doch schon die eine Hälfte des Meereises verschwunden ist und die andere immer dünner wird. Das ist in nur 20 Jahren passiert, einem erdgeschichtlichen Wimpernschlag, und es ging viel schneller als gedacht. Und in nur zehn Jahren wird die Arktis im Sommer wahrscheinlich ganz eisfrei sein und dem Atlantik immer ähnlicher werden.

Die Arktis ist unwiderruflich gekippt, nichts wird mehr so sein, wie es war. In der sich am schnellsten erwärmenden Region der Erde ist durch das Verschwinden des arktischen Meereises und die veränderte Albedo (Wärmerückstrahlung) nun noch eine Art zusätzlicher Heizung in Betrieb. Es werden nicht mehr 80-90% der Wärmeeinstrahlung durch Eis und Schnee reflektiert, sondern das Meerwasser nimmt 80-90% der Wärme auf und speichert sie. Je weniger Eis, desto stärker die Erwärmung, je stärker die Erwärmung, desto weniger Eis.

Die Atmosphärische Zirkulation der

Nordhalbkugel ist völlig durcheinander, warme Luft strömt oft weit nach Norden und kalte Luft nach Süden, die Nordischen Wälder trocknen aus und brennen immer häufiger und der Permafrost taut immer stärker auf. Wir haben es hier mit einer klassischen Rückkopplungsschleife zu tun, die gleich mehrere Verstärkungen hat: Immer mehr CO₂ in der Atmosphäre – Erwärmung – Eisschmelze – veränderte Albedo – weitere Erwärmung – veränderte atmosphärische Zirkulation – zusätzliche Erwärmung – tauender Permafrost – Freisetzung von CO₂ – Freisetzung von Methan – beschleunigte weitere Erwärmung mit noch mehr Eisschmelze und noch mehr auftauendem Permafrost und Wäldern unter Hitzestress und mit verringerter CO₂-Aufnahme und so weiter und so fort. Die Erderwärmung wird also auf vielfache Weise verstärkt.

Besonders bedeutsam ist die massive Freisetzung von Treibhausgasen aus natürlichen Quellen und die gleichzeitige Schwächung der natürlichen CO₂-Senken, ein Vorgang der nicht nur in der Arktis, sondern weltweit stattfindet.

Der Kollaps des Kohlenstoffkreislaufs

Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre hat längst den natürlichen Schwankungsbereich zwischen 250 und 300 ppm (parts per million) verlassen und ist mit 410 ppm so hoch, wie seit vielen hunderttausend Jahren nicht mehr. Man kann jetzt eigentlich auch nicht mehr von einem Kreislauf sprechen, da das Ungleichgewicht zwischen CO₂-Freisetzung und CO₂-Aufnahme, also zwischen Quellen und Senken derartig groß ist, dass nur noch ein Teil des Kohlendioxids einen Kreislauf durchläuft. Allein von den menschlichen Emissionen aus Verbrennung, in Höhe von reichlich 40 Gt jährlich, verbleiben 20 Gt bereits direkt in der Atmosphäre, je ein Viertel wird noch von der Landbiosphäre und den Ozeanen aufgenommen, wobei sich die Aufnahmefähigkeit der CO₂-Senken zunehmend reduziert. Hinzu kommen ja noch andere CO₂-Quellen und die anderen

Treibhausgase, wie Methan. Eine immer größere Menge CO₂ gelangt in die

Atmosphäre und verbleibt dort immer länger und verstärkt so den Treibhauseffekt und die Aufheizung der Erde, was wiederum die Biosphäre weiter unter Druck setzt und dezimiert.

Prof. Johan Rockström vom Stockholm Resilience Centre, einer der neuen Direktoren des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), prognostiziert in seiner Stellungnahme „The 10 Science must knows on Climate Change“ sogar den bevorstehenden weitgehenden Zusammenbruch der biosphärischen Kohlenstoffsinken ab ca. 2030.

Im Diagramm auf Seite 11 über einen Dekarbonisierungspfad entsprechend dem Pariser Abkommen, sind die möglichen Entwicklungen skizziert. Die Fähigkeit der Wälder und Ozeane, Kohlendioxid zu binden, reduziert sich demnach auf etwa ein Drittel bis 2060, um danach weiter abzunehmen.

In seinem Diagramm schließt Prof. Rockström diese gigantische Lücke in der Kohlenstoffbilanz durch anthropogene CO₂-Senken, die ab ca. 2040 den Verlust der natürlichen Senken ausgleichen und 2100 deren Kapazität von 2010 erreicht haben sollen. Dieses Diagramm ist in mehrfacher Hinsicht äußerst bemerkenswert. Einmal ist es natürlich erschreckend, dass der Zusammenbruch der Biosphäre so nahe bevorstehen könnte. Zum anderen tut sich darin ein enormer Technikoptimismus kund. Könnte die Menschheit tatsächlich fast die gesamte Biosphäre ersetzen und

Kipp-prozesse rückgängig machen?

Dies scheint angesichts der Tatsache, dass die Menschheit ja nicht einmal in der Lage ist, die vorhandene Biosphäre zu bewahren, zwar von vornherein als unwahrscheinlich, doch die Rückkoppelungen und Verstärkungen im Erdsystem machen es eigentlich unmöglich. Wenn die Landbiosphäre weitgehend kollabiert, reduziert sich ja nicht nur die CO₂-Aufnahme, sondern es werden früher oder später durch Waldbrände und mikrobielle Zersetzung riesige Mengen Methan und CO₂ in die Atmosphäre gelangen. Es sind etwa 500 Gigatonnen (Gt = Milliarden Tonnen) Kohlenstoff in der Biomasse gebunden, was 1830 Gt CO₂ entspricht, das ist fast so viel, wie die Menschheit bisher insgesamt freigesetzt hat. Auch das weitere Auftauen des Permafrosts setzt immer mehr

CO₂ und Methan frei und langfristig droht das Auftauen der Methanhydrate. Methan oxydiert nach etwa zehn Jahren zu Kohlendioxid und erhöht so letztlich den CO₂-Gehalt der Atmosphäre, der sich durch all diese Emissionen aus der Natur mehr als verdoppeln könnte.

Für eine Reduktion bräuchte man zusätzliche Senkenkapazität und für den Ausgleich der Verstärkung der Erderwärmung durch weitere erdsystemischen Veränderungen (Albedo) noch welche. Wenn man die Erderwärmung auf 1,5 oder 2 Grad begrenzen will, muss man den CO₂-Gehalt der Atmosphäre zudem wieder senken, auf etwa 350 ppm. Heute beträgt er ja schon 410 ppm (parts per million) und bis 2060 dürfte er bereits auf 600 bis 700 ppm angestiegen sein.

Die künstlichen Senken müssten die vielfache Kapazität einer intakten Biosphäre erreichen. Das ist wohl eine unlösbare Aufgabe, zumal die Anlage dieser künstlichen Senken auch noch mit einer enormen Freisetzung von Treibhausgasen verbunden wäre. Wenn die Kipp-prozesse im Klima- und Erdsystem bestimmte Punkte überschreiten, kann man das kaum wieder rückgängig machen, dann kippt das ganze System. Wir können nur vorher versuchen, diesen Point of no Return niemals zu erreichen.

Wenn uns dies nicht gelingt und alles so weiterläuft wie bisher, dann könnte die Zukunft bald so aussehen, wie in diesem, naturgemäß fiktiven Bericht aus dem Jahr 2035. Er beruht allerdings auf den heute schon bekannten Tatsachen und verlängert die derzeitigen Entwicklungen lediglich in die Zukunft.

Ein Bericht aus der Zukunft des Jahres 2035

„Es ging dann alles sehr schnell.

Im Jahr 2028 war die Arktis das erste Mal im Sommer völlig eisfrei. Die Temperaturen in den nördlichen Polarregionen erhöhten sich, nach den schon dramatischen Anstiegen der letzten Jahre noch einmal schlagartig und es kam zu einer beispiellosen Waldbrand-saison in den Nordischen Wäldern. Das Auftauen des Permafrost trat in ein neues Stadium und die Freisetzung von Methan und Kohlendioxid nahm dramatisch zu. Die jährliche Zunahme der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre verdoppelte sich. Ein Jahr später kollabierte der Amazonasregen-

wald in einer Superdürre und ging zu großen Teilen in Flammen auf, nachdem er schon all die Jahre davor schwer von Dürren betroffen war. Damit war der Kohlenstoffkreislauf unumkehrbar aus dem Gleichgewicht gebracht und die globale Durchschnittstemperatur erhöhte sich erheblich.

An eine Kompensation des weitgehenden Verlustes der natürlichen CO₂-Senken durch menschliche Ausgleichsmaßnahmen, wie großflächige Neupflanzungen, war angesichts der weltweiten Zunahme von Katastrophen immer größeren Ausmaßes nicht zu denken. Die Atmosphärische Zirkulation veränderte sich vollständig und chaotisch und warme Luft konnte nach dem Zusammenbruch des Polarwirbels ungehindert nach Norden fließen, doch auch im Süden wurde das „ewige“ Eis durch das Vordringen warmer Luft und warmen Wassers massiv destabilisiert. Das Abschmelzen des Grönländischen Eisschildes und der Antarktis beschleunigte sich dramatisch. Das Meer stieg nun um über 3cm jährlich, mit zunehmender Tendenz und würde schon zur Jahrhundertmitte fast einen Meter höher sein als bisher. Zudem kam es in Asien und Afrika zu schwersten Dürren und Überschwemmungen. Dutzende Millionen Menschen machten sich auf den Weg nach Norden.

Doch auch Europa und Nordamerika wurden 2033 von einer beispiellosen Dürre heimgesucht, es gab Missernten und Lebensmittelrationierung, Waldbrände wüteten aller Orten und die Flüsse begannen auszutrocknen, so dass Kraftwerke abgeschaltet werden mussten. Ein Jahr zuvor hatten noch wahre Jahrtausendfluten weite Landstriche unter Wasser gesetzt und schwerste Verwüstungen angerichtet. Die heftigen Herbst- und Winterstürme hatten überdies gewaltige Zerstörungen in den Wäldern angerichtet.

Jetzt ging es um Überlebenssicherung, Reparaturen, Wiederaufbau, -darum, das tote Holz aus den Wäldern zu schaffen, die Energieversorgung sicherzustellen und umzubauen. Wie sollte man da zig Milliarden Bäume pflanzen, um den Amazonas-Regenwald zu ersetzen? Wenn wir es in all den vergangenen Jahrzehnten nicht geschafft hatten, das Richtige und Notwendige zu tun, wie sollten wir es jetzt können? Jetzt musste sich jeder selbst helfen. Wir hat-

ten uns die Erde endgültig zum Feind gemacht – ihr zu helfen, das überstieg unsere Kräfte.“

So oder so ähnlich wird es früher oder später ablaufen. All diese Veränderungen sind ja heute schon im Gange und führen längst zu einer beständig zunehmenden Zerstörung und Destabilisierung des Systems Erde. Die Erde ist ja kein statisches System, sondern sie verändert sich gerade so schnell, wie niemals zuvor. Ihre Pufferkapazitäten sind offensichtlich aufgebraucht, sowohl bei der Wärmeaufnahme als auch bei der CO₂-Aufnahmefähigkeit. Die CO₂-Senken sind längst überlastet und schwer geschädigt und die Emissionen, auch aus natürlichen Quellen, z. B. aus brennenden Wäldern und auftauendem Permafrost, nehmen beständig weiter zu. Irgendwann ist der globale Point of no return erreicht, an dem die Erde soweit destabilisiert ist, dass sie unumkehrbar in einen anderen Systemzustand übergeht.

Die natürliche Verstärkung der Erderwärmung

erfolgt zudem durch die dramatische Veränderung riesiger Flächen die Arktis, Grönland, Sibirien, Kanada, Alaska, die Antarktis, um nur einige der betroffenen Regionen zu nennen. Das sind dutzende Millionen Quadratkilometer, wo das Eis schmilzt und sich die Vegetation verändert und damit auch die Wärmerückstrahlung (Albedo). Diese Veränderungen bewirken positive Rückkopplungen, also Verstärkungen, und führen zu einer deutlich abnehmenden Albedo der Erde, einem weiteren, unterschätzten Kippelement im Klimasystem.

Genannt sei hier nur die Abnahme der globalen Meereisbedeckung, sie lag im November 2016 vier Millionen km² unter dem langjährigen Mittel. Das heißt, eine Fläche von der Größe der EU ist nun nicht mehr mit Eis bedeckt, wodurch der Erde zusätzlich eingeheizt wird. Auf Grönland ist der Eisschild überdies zunehmend von einer grauschwarzen Schicht aus Schmutz- und Rußpartikeln bedeckt, was gleichfalls die Wärmerückstrahlung massiv reduziert und damit gleichzeitig das Abschmelzen des Eises beschleunigt.

Auch die weltweit rasant schrumpfenden Gletscher verstärken diesen Effekt, was man mancherorts durch das Auflegen weißer Plastikplanen zu

verlangsamten versucht.

Wir Menschen würden sehr schnell wieder Demut gegenüber der Natur entwickeln und erfahren wie klein wir sind, wenn wir nur einen Bruchteil der riesigen Gebiete, die wir im Norden verändert haben, mit weißen Plastikplanen abdecken wollten. Die Erde befindet sich auf dem Weg in eine beispiellose Klimakatastrophe, mit Folgen, deren Ausmaß wir bisher nur ansatzweise überblicken und die weder beherrschbar noch rückgängig zu machen sein werden.

Doch nach wie vor steht Problemvertagung statt Problemlösung auf der Tagesordnung.

Russisch Roulette mit der Erde

Unser eigener Größenwahn (Anthropozän) verkleinert die Erde zu einer handhabbaren Immobilie, von der wir meinen, wir könnten sie alle Zeit beliebig unseren Verwertungsbedürfnissen anpassen und beliebig steuern. All die starken Worte von Geoengineering, Klimabeeinflussung und Terraforming sollen suggerieren, es gäbe notfalls einen technisch machbaren Weg zur Begrenzung der Erderwärmung, ohne Emissionsreduzierungen und ohne limitierenden Zeitfaktor, man könne also das Problem auch später irgendwie in den Griff bekommen. Das beruhigt vor allem die zusehends besorgte Öffentlichkeit und beruhigt das eigene Gewissen.

Doch es ist ein Ausdruck von Verblendung und Selbstüberschätzung (Hybris) zu meinen, die Menschheit könne nachträglich einen planetaren Systemübergang rückgängig machen und bräuchte ihn deshalb nicht verhindern. Hierin offenbart sich eine fatale Fehleinschätzung der Realität.

Wenn die Erde die Schwelle zur Heißzeit einmal überschritten hat, dann ist ein sich selbst verstärkender Aufheizungsprozess im Gange, den wir dann nicht mehr stoppen können.

Wir spielen gewissermaßen Russisch-Roulette mit der Erde und haben noch nicht verstanden, dass der Revolver voll geladen ist. Es gibt einen lebensfreundlichen Bereich von Umweltbedingungen, an die die Biosphäre und der Mensch sich über lange Zeiträume hinweg evolutionär angepasst haben und es gibt lebensfeindliche Umweltbedingungen. Eine nach erdgeschichtlichen Maßstäben, blitzartige Erwärmung der

Erde um 5 oder gar 8 Grad bedeutet den wahrscheinlich irreversiblen und viel zu schnellen Übergang in eine völlig andere Welt und überfordert damit jede Anpassungsfähigkeit, was das fast vollständige Aussterben des Lebens und der Menschheit zur Folge hätte. Diese Veränderungen würden mehrere zehn bis hunderttausend Jahre andauern und sich möglicherweise noch weiter verstärken und es ist völlig ungewiss, ob sich das System Erde überhaupt jemals wieder stabilisieren kann – wenn nicht, würde es zu einer unbegrenzten Aufheizung des Planeten auf bis zu 240 Grad Celsius kommen.

Die Kohlendioxid-Emissionen müssen binnen 10 Jahren weit mehr als halbiert werden und schnellstmöglich gegen Null gehen und zusätzlich muss der Atmosphäre sofort Kohlendioxid in ungeheuren Mengen entzogen werden, noch vor dem Kollaps der Biosphäre. Wir müssen also nicht nur die CO₂-Quellen verstopfen, sondern sofort die CO₂-Senken sichern und erheblich erweitern, was u.a. bedeuten würde, die Photosynthese betreibende Pflanzenmasse schnellstmöglich zu verdoppeln, statt ihre Halbierung abzuwarten. Die (Trend)Umkehr muss allerdings jetzt erfolgen, denn im Jahr 2035 könnte es bereits unmöglich sein, das Geschehen noch entscheidend zu beeinflussen.

■ Jürgen Tallig

Literatur:

WBGU, Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken, 2014

Maria A. Martin, Das riskante Spiel mit dem Gleichgewicht, Kippelemente im Klimasystem, 2014

S. Rahmstorf, Können wir die globale Erwärmung rechtzeitig stoppen?, KlimaLounge, 11.04.2017

Rockström J., „The 10 Science must knows on Climate Change“, 2017

Tallig J., „Rasante Zerstörung des Blauen Planeten“ Umwelt aktuell 12.2016/01.2017

„Die tödliche Falle“ in Umwelt Aktuell 11/2017

David Wallace-Wells, „Der Planet schlägt zurück“ (dt. im „Freitag“, 20.07.2017)

F. Ekardt, Paris- Abkommen, Menschenrechte und Klimaklagen, 2018

Aktueller Stand des Bibermanagements

Brandenburger Biberbeauftragte Caroline Lenk informiert

Biberbestand und Entwicklung des Bibermanagements in Brandenburg:

Ende des 19. Jahrhunderts war der Biber aufgrund von Bejagung und Lebensraumzerstörung in Brandenburg nahezu ausgerottet. Lediglich in Restbeständen an der Elbe und der Schwarzen Elster konnte er überleben. Inzwischen ist der Biber in Brandenburg mit ca. 3.500 Tieren wieder fast flächendeckend im Land verbreitet und sein Erhaltungszustand im Sinne der FFH-Richtlinie ist günstig. Die Zuwachsrate der Biberpopulation nimmt dabei im Vergleich zu den Vorjahren bereits ab. Dies ist auf eine selbständige Populationsregulierung zurückzuführen (siehe unten). Der Biber ist durch europäisches und Landesrecht besonders und streng geschützt.

Was einerseits ein Beleg für erfolgreiche Naturschutzarbeit ist, wie die damit einhergehende Rückgewinnung naturnaher Lebensräume an Gewässern, ist aus der Sicht vieler Land-, Forst- und Teichwirte sowie Anwohner andererseits zunehmend zum Problem geworden. Beispielsweise kommt es zu Fraßschäden an Gehölzen und Feldfrüchten. Auf land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen ist es nötig bestehende Konfliktpotentiale frühzeitig einzudämmen. Besonders die „wasserbaulichen Fertigkeiten“ und Grabtätigkeiten dieser Art führen zu zahlreichen Konflikten. Auf Grund von Dammbauten oder des Verbaus von Durchlässen, Ab- und Zuläufen sind überstaute Flächen oder Über- und Unterspülungen von Straßen und Wegen die Folge. Besonders Eingrabungen des Bibers an Deichen und sonstigen Hochwasserschutzanlagen sowie in Böschungen von Straßen oder Bahndämmen bereiten Probleme, da durch diese Aktivitäten Gefahr für Leib und Leben besteht. Aus diesen Gründen und um den Anliegen des Hochwasserschutzes, des Naturschutzes sowie der auf Land- beziehungsweise Forstwirtschaft und Fischerei angewiesenen Unternehmen Rechnung zu tragen, ist ein aktives Bibermanagement notwendig. Als Reaktion darauf hat Agrar- und Umweltminister Vogelsänger ein Programm zum Umgang mit dieser streng

geschützten Art und zur Etablierung eines Bibermanagement in Brandenburg vorgelegt, das insgesamt sieben Punkte umfasst und Ende Februar 2015 veröffentlicht wurde.

Dieses 7-Punkte-Programm umfasst folgende Maßnahmen:

1. Erlass einer Biberverordnung
2. Erstattung des Mehraufwands für die Gewässerunterhaltungsverbände für Beseitigung, Prävention und Vermeidung von Biberschäden
3. Förderung von Präventionsmaßnahmen zur Verminderung und Vermeidung von Biberschäden
4. Maßnahmen im Lebensraum des Bibers
5. Verbesserung des Vollzugs in den Landkreisen
6. Einstellung von zwei Landesbiberbeauftragten
7. Evaluierung des Maßnahmenkonzeptes nach zwei Jahren

Ziel des Bibermanagement in Brandenburg war und ist es, eine Grundlage zur Minderung, Vermeidung und Beseitigung von Biberschäden zu schaffen und ein konfliktarmes Nebeneinander sowie die Akzeptanz des Bibers zu fördern.

Die Biberverordnung:

Die Biberverordnung stellt eine unmittelbar geltende Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verboten zum Schutz des Bibers dar. Aufgrund von Biberaktivitäten können in besonders sensiblen Bereichen Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung oder erhebliche wirtschaftliche Schäden entstehen. Dazu zählen Stau- und Hochwasserschutzanlagen, Böschungen von öffentlichen Verkehrsanlagen, Dämme von Fischereiteichen oder Kläranlagen sowie von der unteren Naturschutzbehörde festgelegte Grabenabschnitte. Im Rahmen der Brandenburgischen Biberverordnung wird in diesen Bereichen ein antragsfreies Handeln ermöglicht. Zunächst regelt die Biberverordnung die Vergrämung von Bibern. Bleibt diese über einen längeren Zeitraum erfolglos dürfen Biber gefangen oder geschossen werden. Dies dient der unmittelbaren Gefahrenabwehr. Diese Maßnahmen dürfen in einem Zeitraum

vom 1. September bis zum 15. März eines jeden Jahres durchgeführt werden. Dies gilt nicht in Naturschutzgebieten, dem Nationalpark Unteres Odertal und Natura 2000 Gebieten. Hier kann im Einzelfall über eine Ausnahme nach § 45 Absatz 7 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) oder über eine flächenschutzrechtliche Befreiung nach § 67 BNatSchG ein Handeln erwirkt werden. Die Biberverordnung ist ein geeignetes Instrument zur Abwehr erheblicher Schäden durch Biber. Bisher findet die Biberverordnung überwiegend im Landkreis Märkisch-Oderland, auf Grund der speziellen Gegebenheiten im Oderbruch, Anwendung.

Erstattung von biberbedingten Mehraufwendungen bei der Gewässerunterhaltung an Gewässern II. Ordnung:

Besonders bei der Gewässerunterhaltung macht sich die erfolgreiche Wiederansiedlung des Bibers bemerkbar und erfordert einen verstärkten Einsatz der Gewässerunterhaltungsverbände. Das Land beteiligt sich daher an den Kosten, die den Gewässerunterhaltungsverbänden zusätzlich zu ihren regulären Tätigkeiten durch die Beseitigung, Prävention und Vermeidung von Biberschäden entstehen, damit diese praktische Lösungen, z. B. den Einbau von Dammdrainagen oder Böschungsbzw. Ufersicherung, in biberbedingten Konfliktfällen schnell umsetzen können. Die hierzu erlassene Verwaltungsvorschrift „über die Kostenbeteiligung des Landes an biberbedingten Mehraufwendungen bei der Gewässerunterhaltung II. Ordnung“ des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) ist seit dem Frühjahr 2015 in Kraft. Ab einem Wert von 10.000 können die Gewässerunterhaltungsverbände 50 % ihres Mehraufwands an Gewässern II. Ordnung erstattet bekommen. Hierfür stellt das Land jährlich 400.000€ zur Verfügung. Diese Summe wird seither von den Gewässerunterhaltungsverbänden positiv angenommen und ausgeschöpft.

Förderung von Präventionsmaßnahmen:

Der Schwerpunkt des brandenburgi-

schen Bibermanagement liegt auf der Prävention. Oft sind es schon kleine Maßnahmen, die mit wenig Aufwand große Wirkung erzielen. Beispielsweise können Bäume mit einer Ummantelung aus Estrichgitter oder Maschendraht vor dem Verbiss durch Biber geschützt werden. Mit dieser einfach anzuwendenden und kostengünstigen Methode lassen sich beispielsweise in privaten Gärten Biberschäden leicht abwenden. Zum Schutz von landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Kulturen sowie Forstflächen und Privatgrundstücken helfen auch Fest- oder Elektrozäune. Um ein Eingraben des Bibers in die Böschung zu verhindern, werden z. B. bei Deichen und Dämmen sogenannte Biberstutzgitter verbaut oder Steinschüttungen aufgebracht. Bei Wasseranstauungen und Flächenvernässungen durch Biberdämme kann mit dem Einbau einer sogenannten Dammdrainage der Wasserstand auf einem für die umliegende Landnutzung und den Biber verträglichen Niveau gehalten werden. Die „Richtlinie zur Förderung von Präventionsmaßnahmen zum Schutz vor Schäden durch geschützte Tierarten (Wolf, Biber)“ unterstützt die Betroffenen bei der Finanzierung und Umsetzung solcher Maßnahmen. Die Richtlinie wurde im Februar 2017 veröffentlicht und soll zu einem konfliktarmen Nebeneinander und zur nachhaltigen Vermeidung von Biberschäden sowie zur Erhöhung der Akzeptanz des Bibers vorsorgend beitragen. Sie ist, anders als die Verwaltungsvorschrift zur Gewässerunterhaltung, nicht nur für die zuständigen Akteure der Gewässerunterhaltung, sondern für alle Antragsteller offen. Die Bagatellgrenze liegt derzeit bei 1.000€.

Maßnahmen im Lebensraum des Bibers:

Da sich 90 % der Aktivitäten des Bibers in einem 10 m breiten Streifen beiderseits des Gewässers abspielen, empfiehlt sich die Anlage eines Uferstrandstreifens, welcher nicht bewirtschaftet wird. So lässt sich unter anderem der Gefahr des Einbrechens für Mensch und Maschine in Biberbaue entgegen wirken. Im Rahmen des sogenannten „Greening“ gibt es für Landeigentümer die Möglichkeit Gewässerrandstreifen von mindestens 10 m an Gewässern in Grünland umzuwandeln bzw. als Grünland zu nutzen und damit u. a. Konflikten mit dem



Der Biber fühlt sich auch wieder an der Elbe heimisch.

Foto: Wolfgang Ewert

Biber vorzubeugen.

Verbesserung des Vollzugs in den Landkreisen und ehrenamtliche Biberberater

Aufgrund der dort auftretenden besonderen Problemlage wurde im Landkreis Märkisch Oderland eine Arbeitsgruppe „Biber“ eingerichtet. Darin eingebunden waren die Gewässerunterhaltungs-, die Naturschutzverbände und die Untere Naturschutzbehörde. Aufgabe war es, die in § 1 Abs.1 Nr.4 der Brandenburgischen Biberverordnung (BbgBiberV) benannten Abschnitte von Be- und Entwässerungsgräben zu bestimmen. Mittels einer Allgemeinverfügung ist an den benannten Grabenabschnitten nun ein sofortiges Handeln nach Biberverordnung möglich. Die dort gesammelten Erfahrungen können auch für andere Landkreise und Regionen von Interesse sein.

Ein wichtiger Schritt für ein langfristig erfolgreiches Bibermanagement ist der Aufbau eines landesweiten Netzes von ehrenamtlich tätigen Biberberatern um direkte Ansprechpartner vor Ort zu etablieren. Die Aufgabe der ehrenamtlichen Biberberater besteht darin, schnelle und praktikable Lösungen in Konfliktfällen aufzuzeigen, über mögliche Präventionsmaßnahmen aufzuklären sowie regelmäßige Kartierung von Biberrevieren durchzuführen und deren Bestandszahlen zu erfassen. Sie erhalten dafür eine jährliche Aufwandsentschädigung vom Land. Bei einer zweitägigen Schulung im Januar 2017 sowie im März 2018 wurden Interes-

sierte zu Grundlagen der Biologie und Ökologie des Bibers, Monitoring- und Rechtsgrundlagen und zu praktischen Maßnahmen für das Arbeiten vor Ort geschult. Nach Bestehen einer Prüfung erhielten die Kandidaten einen Sachkundenachweis und können von den Unteren Naturschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte als ehrenamtliche Biberberater bestellt werden. Derzeit sind 14 Biberberater in zehn Landkreisen ehrenamtlich bestellt und tätig. Ziel ist es, dass möglichst in allen Landkreisen und kreisfreien Städten mindestens ein ehrenamtlicher Biberberater als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Wichtig sind diese Schulungen auch für Mitarbeiter des Landesbetriebs Straßenwesen, von Teichwirtschaften, Naturschutzeinrichtungen sowie der Wasser- und Bodenverbände. Mit dem Sachkundenachweis sind sie zur Durchführung von Maß-

IDUR

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

IDUR INFORMATIONSDIENST
UMWELTRECHT E.V.
NIDDASTRASSE 74
60329 FRANKFURT/MAIN
TEL.: 069-252477
FAX.: 069-252748
E-MAIL: INFO@IDUR.DE
WWW.IDUR.DE

nahmen nach der Brandenburgischen Biberverordnung, was sowohl die Vergrämung als auch den Fang des Bibers beinhalten kann, berechtigt.

Einstellung von Landesbiberbeauftragten:

Im MLUL wurden im September 2015 zwei Landesbiberbeauftragte befristet eingestellt, von denen eine inzwischen unbefristet für diese Aufgabe eingesetzt ist. Die Landesbiberbeauftragten sind Ansprechpartner und Mittler für Betroffene, für Unterhaltungspflichtige und für Behörden, im Spannungsfeld zwischen Artenschutz, Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz. Sie unterstützen vor Ort beim Auffinden von Konfliktlösungen im Einzelfall, geben Auskunft über Präventionsmaßnahmen und deren Fördermöglichkeiten und prüfen dahingehende Anträge. Ein wesentliches Element des Aufgabenspektrums der Biberbeauftragten ist die Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbau des landesweiten Netzes von ehrenamtlichen Biberberatern. Darüber hinaus werden durch die Biberbeauftragten zahlreiche Vor-Ort-Termine mit den vielfältigsten biberbedingten Problemen bei betroffenen Land-, Forst- und Teichwirten sowie privat betroffenen Personen (hauptsächlich in den Landkreisen Oder-Spree und Märkisch Oderland) durchgeführt. Für jeden dieser Fälle wird individuell versucht, eine entsprechende Lösung zur Schadensminimierung bzw. zur zukünftigen Schadensverhinderung aufzuzeigen und anzuwenden. Dies war bereits in vielen Fällen erfolgreich.

Evaluierung:

Das 7-Punkte Programm hat seine beabsichtigte Wirkung erzielt. Mit der

Einführung dieses Bibermanagements, hat sich die sehr kontroverse Debatte um den Biber deutlich entschärft. Durch Beratungen und die Umsetzung konkreter Maßnahmen vor Ort, konnten Konflikte mit dem Biber minimiert und die Akzeptanz insgesamt erhöht werden.

Biologie und Ökologie des Bibers:

Der Biber ist das größte Nagetier Europas (nach dem südamerikanischen Wasserschwein). Ausgewachsene Tiere sind im Schnitt 1 m lang, mit einer Kelle von ca. 35 cm. Durchschnittlich werden sie 15 kg schwer, können aber auch bis zu 30 kg auf die Waage bringen. Biber sind reine Pflanzenfresser. Im Sommerhalbjahr ernähren sie sich hauptsächlich von krautigen Pflanzen und Jungtrieben von Weichhölzern, auch Feldfrüchte wie Getreide, Mais und Zuckerrüben, wenn vorhanden. Im Winterhalbjahr ernähren sie sich von Baumrinden. Dabei werden Weichhölzer wie Weiden und Pappeln bevorzugt, aber auch andere Baumarten werden nicht verschont. Biber sind für gewöhnlich dämmerungs- und nachtaktive Tiere. Sie leben in Burgen oder Bauen, deren Eingang sich unter Wasser befindet. Dafür benötigen sie eine Wassertiefe von mindestens 80 cm. Ist diese nicht gegeben wird ein Damm gebaut um das Wasser anzustauen. Biber besitzen eine enorme Gestaltungskraft. Sie gestalten sich ihren Lebensraum nach ihren Vorstellungen durch Wasseranstauungen und Verbiss im Uferbereich. Dabei entstehen auch neue Lebensräume für andere Arten (z. B. Libellen, Amphibien, Vögel und Fische), wodurch der Artenreichtum in einem Biberrevier nachweislich zunimmt. Biber leben

in Familienverbänden, bestehend aus den beiden Elterntieren und zwei Jungenerationen. Jede Familie besetzt ein Revier, welches gegen andere familienfremde Artgenossen verteidigt wird. Die Größe des Revieres ist dabei von der Nahrungsverfügbarkeit im Gebiet abhängig und kann 1 bis 7 km entlang eines Gewässers betragen. Aufgrund des Revierverhaltens erfolgt eine eigenständige Populationsregulierung. Dadurch, dass die Reviere verteidigt werden, erhöht sich die Sterblichkeit von wandernden Jungbibern. Wenn alle Reviere in einem Gebiet besetzt sind, bleibt die Anzahl an Tieren relativ konstant. Die effektive Vermehrung nimmt ab. Eine „Explosion“ der Bestandszahlen ist somit nicht möglich. Bei uns ist der Elbebiber (*Castor fiber albus*) heimisch. An der Oder kommt es zur Durchmischung mit der osteuropäischen Unterart (*Castor fiber belarusicus*).

■ Caroline Lenk



Biberbeauftragte des Landes Brandenburg
Caroline Lenk

Foto: Caroline Lenk

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine Debatte innerhalb der LINKEN

Kann ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) Armut beseitigen und vielleicht sogar die Lohnarbeit überwinden? Oder ist es das falsche Mittel im Kampf gegen Hartz IV? Darüber wird in der Partei DIE LINKE diskutiert und gestritten. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) BGE strebt nun einen Mitgliederentscheid zur Aufnahme des BGE in das Programm

an. Wir veröffentlichen einen Pro- und einen Contra-Beitrag, die bereits in der Mitgliederzeitschrift der LINKE. Berlin-Neukölln "neuköllnisch" abgedruckt wurden.

Pro

Universell heißt: für alle

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)

Grundeinkommen fordert einen Mitgliederentscheid: DIE LINKE soll das Bedingungslose Grundeinkommen in ihr Programm aufnehmen. Für DIE LINKE ist das eine Gretchenfrage: Wie hältst Du es mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen? Das BGE fordert uns heraus, weil es die Arena erweitert, in der der Kampf um soziale Gerechtigkeit geführt wird.

Der Anspruch ist universell: Jeder und jedem steht ein BGE zu, unabhängig von Bedürftigkeit oder Leistung. Warum das besser ist?

Weil wir uns als Menschen dadurch gegenseitig anerkennen. Du bist willkommen und Du heißt mich willkommen, das ist die Verabredung. Die weltweite Grundeinkommens-Bewegung fordert das BGE als globales soziales Recht.

Das steht in direktem Zusammenhang mit den globalen Fluchtbewegungen. Wir brauchen ein Konzept, wie offene Grenzen für alle Menschen funktionieren können. Wenn in allen Ländern ein Grundeinkommen existiert, dann erst werden wir uns von Gleich zu Gleich begegnen. Es fällt auf, dass viele, die sich Gedanken darüber machen, wie die eine Welt für alle geschaffen werden kann, zu derselben Antwort kommen: durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen.

Unser BGE hat einen emanzipatorischen Anspruch

Wir wissen, dass die Grenzen nicht zwischen Ländern verlaufen, sondern zwischen oben und unten. Weil das BGE eine populäre Idee ist, sind Neoliberale längst dabei, sie zu kapern und gegen uns zu wenden. Deshalb ist es wichtig, dass wir LINKE unseren Anspruch an Umverteilung von oben nach unten mit einem eigenen BGE-Modell untermauern. Dass es funktioniert, finanzierbar ist, den Sozialstaat ausbaut und dabei mehr öffentliche Investitionen zulässt, hat die BAG Grundeinkommen mit ihrem linken, emanzipatorischen BGE bewiesen, das auf www.die-linke-grundeinkommen.de nachzulesen ist. Der nationalstaatliche Rahmen dient dazu zu beweisen, dass die Rechnung aufgeht. Wir nehmen die Hälfte vom Volkseinkommen (das ist das Bruttoinlandsprodukt minus der Summe der Investitionen) und teilen es pro Kopf. Diese Formel ist für jede Volkswirtschaft der Welt anwendbar. Deshalb ist unser Modell als Beispiel zu sehen, wie ein von links gedachtes BGE aussehen muss, wenn es einen emanzipatorischen Anspruch hat.

Die Mitglieder sollen entscheiden

Wir Linke wollen, dass Menschen nicht nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt werden. Deshalb müssen wir über den Rahmen der Tarifeinsetzungen hinausgehen und die gerechte Verteilung

der kapitalistisch erzielten Profite gesamtgesellschaftlich organisieren. Damit wirklich alle etwas davon haben. Die meisten Menschen glauben, DIE LINKE befürworte längst ein BGE. Wir sollten diese Erwartung erfüllen. Auf dem Bielefelder Parteitag 2015 hat DIE LINKE beschlossen, dass sie ihre Position zum BGE schließlich in einem Mitgliederentscheid festlegen wird. Wir meinen: Die Zeit dafür ist gekommen. Entscheiden wir uns für die weitestgehende Forderung: Für ein linkes, emanzipatorisches BGE!

■ Olaf Michael Ostertag

Olaf Michael Ostertag ist Sprecher der BAG Grundeinkommen.

Contra

Falsches Mittel im Kampf gegen Hartz IV

Hartz-IV-Armut, Jobcenter-Schikanen: Es ist nachvollziehbar, dass die Idee eines BGE ohne Bedürftigkeitsprüfung und unabhängig vom Einkommen für viele Erwerbslose attraktiv ist. Doch im Kampf gegen Hartz IV und für höhere Löhne ist es aus vier Gründen das falsche Mittel.

1. Forderungen müssen so aufgestellt sein, dass sie die größtmögliche Einheit von 2/3 Erwerbslosen und Lohnabhängigen gegen die Herrschenden schaffen. Lohnabhängige haben mit der Möglichkeit von Streiks eine Macht in Betrieben. Ein Schulterschluss von Erwerbslosen mit ihnen ist zentral. Die Forderung nach einem BGE für alle – unabhängig von Arbeit und ob Arm oder Reich – entfaltet aber keine vereinende oder mobilisierende Wirkung. Es ist nicht nachvollziehbar, warum alle – der eigene Boss, Reiche, Erwerbstätige und Erwerbslose – gleichermaßen und unabhängig vom Bedarf das BGE beziehen sollen.

Für gesellschaftliche Lösungen

2. Statt drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und eine gerechte Verteilung der Arbeit zu fordern, gibt das Bedingungslose Grundeinkommen den Kampf um Arbeit für alle verloren. Gerade in Zeiten der Digitalisierung könnte der technische Fortschritt genutzt werden, um uns allen das Leben zu erleichtern anstatt zu akzeptieren,

dass sich einige weiter krumm schuften, während andere keine Arbeit finden. BGE-BefürworterInnen wenden ein, dass Sorge- und Hausarbeit durch das BGE materiell aufgewertet würden. Doch statt individuelle Pflege- und Hausarbeit aufzuwerten, brauchen wir gesellschaftliche Lösungen: Mehr Investitionen in Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen, um (vor allem) Frauen zu Hause zu entlasten.

3. Das BGE würde wie ein Kombilohn wirken. Erhält jedeR ungefähr 1000 Euro BGE vom Staat, wäre das ein Argument für UnternehmerInnen, die Löhne zu senken. Damit wäre das BGE eine Lohnsubvention, die ArbeitgeberInnen entlastet. Übrigens ein Grund, warum auch einige ArbeitgeberInnen für das BGE sind.

Abschaffung der Lohnarbeit?

4. Linke Grundeinkommens-BefürworterInnen argumentieren gern mit Karl Marx, der ja auch die Abschaffung der Lohnarbeit wollte. Doch ihre Idee ist utopisch: Man kann nicht für Einige die Lohnarbeit individuell abschaffen und sie für den Rest beibehalten. Eine wirkliche Abschaffung des Zwangs, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, ist nur gesellschaftlich durch die Überwindung des Kapitalismus und die Beseitigung der Produktion für den Profit möglich. Wenn in einer sozialistischen Gesellschaft für den Bedarf produziert würde, würde sich auch der Charakter der Arbeit ändern.

Alternativen

Der Kampf gegen Hartz IV geht uns alle an. Hartz IV muss abgeschafft und durch eine sanktionsfreie, bedarfsorientierte Mindestsicherung in Höhe von 1050 Euro ohne Schikanen ersetzt werden. Gleichzeitig kämpft DIE LINKE für die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden und eine drastische Besteuerung von Reichen und Kapitalbesitzenden.

■ Lucy Redler

Lucy Redler ist Mitglied des Parteivorstands und Bundessprecherin der Sozialistischen Alternative (SAV)

Projekt „Lebenswerte Natura 2000-Gebiete“

Das Projekt umfasst 30 FFH-Gebiete in Brandenburg, für die Managementpläne vorliegen. Für Akzeptanz und Umsetzung von Natura 2000 engagieren sich die NABU-Aktiven und der Landesverband im Projekt, sie ...

	informieren über die FFH-Gebiete und das Schutzgebietsnetz Natura 2000
	sensibilisieren für geschützte Arten und Lebensräume
	kommunizieren die Projekthinhalte in der Öffentlichkeit und vor Ort
	vermitteln naturschutzfachliches Wissen und die ökologischen Zusammenhänge
	erleben die Natur und ihre Vielfalt
	stärken ihre Kompetenz im Naturschutz untereinander durch Erfahrungsaustausch
	organisieren Veranstaltungen, z.B. Exkursionen und Aktionstage
	profitieren von der Vernetzung der gebietsbetreuenden Aktiven
	schaffen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit
	setzen die Maßnahmen der FFH-Managementpläne um
	finden Freunde und Gleichgesinnte
	Lust mitzumachen? www.nabu-bb/ffh

Umweltsensibilisierung für EU-Schutzgebiete

„Ich bin dann mal weg...“, sagte der Bodensee-Kilch. Der Süßwasserfisch gilt seit den 1970er Jahren als ausgestorben. Und er ist nicht der Einzige. Die Wissenschaft spricht aktuell vom sechsten Artensterben – beim fünften verschwanden die Dinosaurier. Ein Baustein zur Kehrtwende ist das Schutzgebietsnetz „Natura 2000“. Hier setzt das NABU-Projekt an, mit dem Ziel, für die EU-Schutzgebiete zu sensibilisieren. In 2017 startete das mehrjährige Projekt „Lebenswerte Natura 2000-Gebiete – Umweltsensibilisierung für ein gutes Miteinander von Mensch und Natur“. Der NABU möchte damit zur Erhaltung der besonders schützenswerten Lebensräume und Arten in Brandenburg beitragen.

Natura 2000 umfasst mehr als ein Viertel der Landesfläche Brandenburgs, mit 27 Vogelschutzgebieten und über 600 FFH-Gebieten. Leider sind viele FFH-Gebiete Papiertiger, d. h. ihr Schutz besteht nur auf dem Papier. Den Arten und Lebensräumen geht es immer schlechter. Daher werden Managementpläne aufgestellt, mit Zielen und konkreten Maßnahmen, um den Ist-Zustand der Tiere, Pflanzen und

Lebensräume zu verbessern.

Zwischen der Ausweisung bzw. Meldung von Natura 2000-Gebieten der Mitgliedsstaaten an die EU und der Erstellung der zugehörigen Managementpläne liegen Jahre bzw. Jahrzehnte. Das Aufstellen der Managementpläne ist grundlegend, oft erfolgt danach jedoch jahrelang keine Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Eine zeitliche Verzahnung von Planung und unmittelbarer Umsetzung der Maßnahmen für die schützenswerten Lebensräume und Arten wird daher dringend benötigt.

Lebendiges Netzwerk von NABU-Aktiven

Natura 2000 bietet seltenen und gefährdeten Arten Rückzugsräume zum Überleben. Wichtig für die Umsetzung des Projekts „Lebenswerte Natura 2000-Gebiete“ ist die Kooperation mit NABU-Verbänden und NABU-Aktiven vor Ort. Aus Zusammenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsveranstaltungen entsteht ein nachhaltiges Netzwerk von gebietsbetreuenden Aktiven.

Veranstaltungsformate im Projekt für NABU-Aktive und Interessierte:

Schulungen für die Theorie

Mit Theorie und guten Beispielen bilden sich NABU-Aktive und Interessierte bei Schulungen weiter. Rechtsanwalt Peter Kremer berichtete z. B. bei der FFH-Rechts-Schulung im Oktober 2017, welche Möglichkeiten das FFH-Recht bietet, sich für den Schutz von Arten und Biotopen insbesondere in FFH-Gebieten stark zu machen.

Regionaltreffen für den Austausch

Erfahrungsaustausch ist wichtig in der naturschutzfachlichen Arbeit. Ziel der Regionaltreffen ist die Vernetzung der NABU-Aktiven sowie der Akteure mehrerer Gebiete einer Region, auch über die Projektlaufzeit hinaus. So stellte Dr. Martin Flade als Referent beim Regionaltreffen im November 2017 seine Erfahrungen mit Naturschutzfachplänen für landwirtschaftliche Betriebe in Schutzgebieten vor.

Workshops für bestimmte Maßnahmen

Bei Workshops stellen Fachleute konkrete Maßnahmen vor. Beim Moor-schutz-Workshop im Dezember 2017 erkundeten die Teilnehmenden etwa

das Quell- und Durchströmungsmoor im Naturschutzgebiet „Eulenberge“. Dr. Nicole Kovalev und Frank Spundflasch erläuterten dabei die Moorschutz-Maßnahmen zur Wiedervernässung.

Exkursionen und Aktionstage für Naturerlebnisse und Biotoppflege:

Wir erkunden die Naturschätze der FFH-Gebiete bei Exkursionen oder pflügen sie bei Aktionstagen. Der NABU Fürstenwalde organisierte z. B. eine Exkursion zum FFH-Gebiet „Spree“ im Oktober 2017. Für die Erhaltung einer Feuchtwiese fand etwa ein Aktionstag des NABU Osthavelland mit Pflegeeinsatz im FFH-Gebiet „Leitsakgraben“ im Dezember 2017 statt.

■ Laura Klein



Weitere Informationen zum Projekt unter: www.nabu-bb/ffh

Begriffsklärungen:

Natura 2000

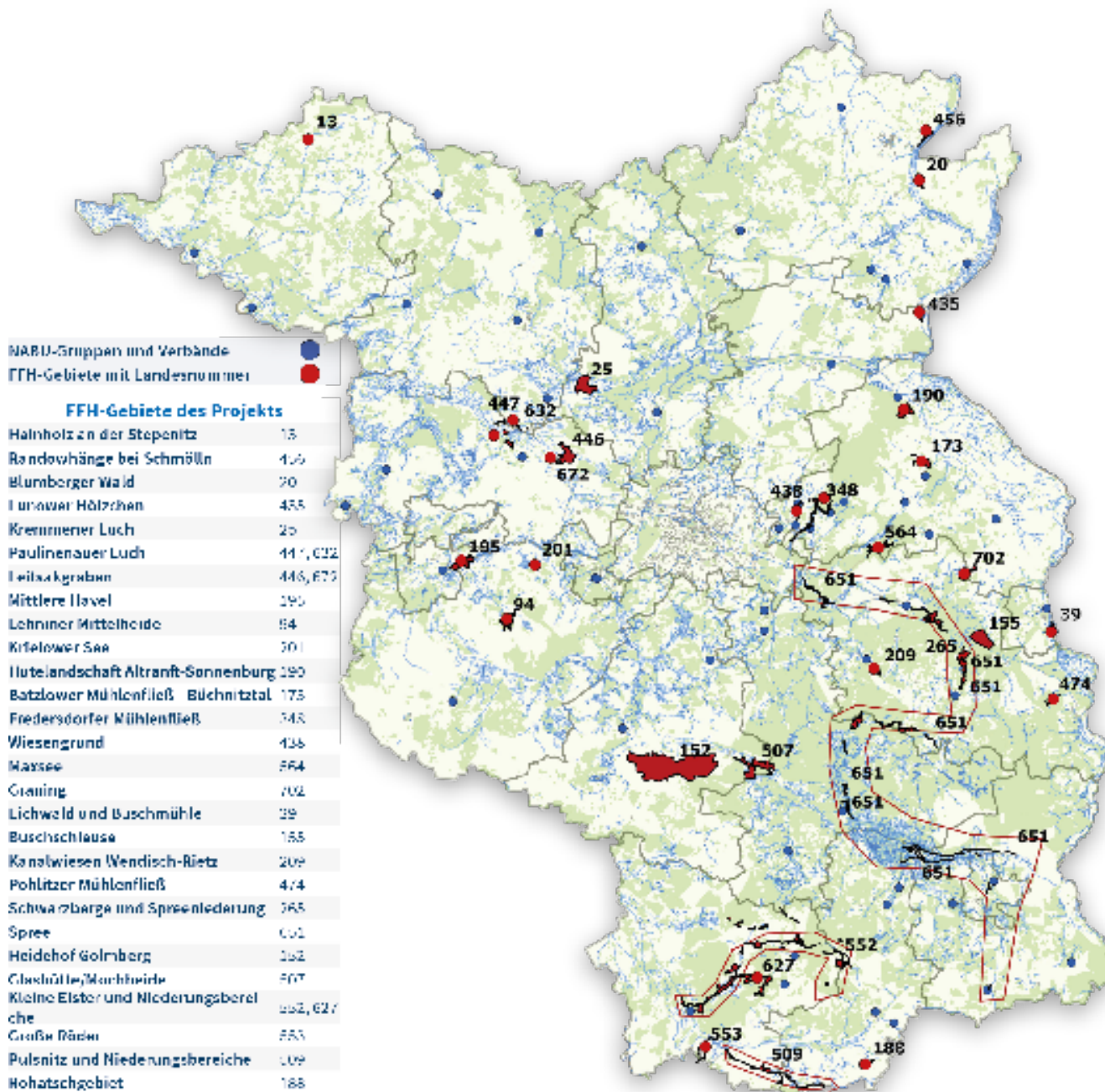
- ist das weltweit größte Netz aus Schutzgebieten
- schützt natürliche Lebensräume und wildlebende Arten europaweit
- besteht aus FFH- und Vogelschutzgebieten

FFH-Gebiete

- sind europäische Schutzgebiete, nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (1992)
- schützen Tiere (Fauna), Pflanzen (Flora) und Lebensräume (Habitat)
- sind Zuhause für FFH-Arten (z. B. die Fledermausart Großes Mausohr), und FFH-Lebensraumtypen (z. B. Waldmeister-Buchenwald)

Vogelschutz-Gebiete

- sind europäische Schutzgebiete, nach der Vogelschutzrichtlinie (1979)
- schützen wildlebende Vogelarten (z. B. Weißstorch) und deren Lebensräume



Informationsgrafik zum vorherigen Artikel

Grafik: NABU Brandenburg

Frieden schaffen ohne Waffen

Die ökologisch-demokratische Überwindung der kapitalistischen Energieausbeutung – wesentliche Bedingung zur Rettung der Zivilisation in eine friedliche Zukunft

Von vielen Politikern wird die Illusion verbreitet, in Deutschland leben wir in einer Demokratie. Dabei wird ausgeblendet, dass es bei Mitbestimmung der Bevölkerung ständigen Demokratieabbau gibt. Das betrifft insbesondere die Kriegsbeteiligungen ohne UNO-Mandat. Es gab und gibt dazu keine Volksabstimmungen. Das gleiche gilt

für die Rüstungspolitik, insbesondere für Waffenexporte.

Sofern Politiker verbreiten, in Entscheidungen zu Krieg und Frieden würden bei uns demokratische Verhältnisse existieren, haben sie sich der herrschenden politischen Diktatur des Großkapitals angepasst und sind deren Erfüllungsgehilfen. Das Volk

soll glauben, parlamentarisch demokratische Verhältnisse bestimmen die Regierungspolitik. Auch öffentliche und private Medien betreiben Meinungsmanipulation, um kapitalistische Ausbeutung zu ignorieren bzw. zu leugnen. Aufklärung wird mit Tabu belegt und verhindert.

Eigentliche Aufgabe des Parlaments

ist die Enttarnung kapitalistischer Ausbeutung. Die von Politikern propagierte soziale Gerechtigkeit duldet und unterstützt Ausbeutung.

Wesentlichster Bestandteil der herrschenden Scheindemokratie ist die Behauptung, die nukleare und fossile Energieversorgung sei Bestandteil sozialer Marktwirtschaft. Diese offensichtlich irreführende Behauptung dient der Legalisierung der bisher größten Verbrechen kapitalistischer Raubzüge: Es sind Ressourcenkriege, deren Finanzierung der Bevölkerung auferlegt wird. Sie wird damit gezwungen, den Kriegstreibern zu unverdientem Reichtum zu verhelfen und ungezählte Kriegstote sowie Flucht aus unmenschlichen Verhältnissen zu verursachen.

Nur der vollständige Verzicht auf Verwertung nuklearer und fossiler Energieträger schafft Bedingungen, bei denen kapitalistische Ausbeutung mithilfe von Volksinitiativen zur schadlosen Energie-Eigenversorgung ersetzt werden kann. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Energieverwertung muss dem herr-

schenden Diktat der Kartelle entzogen werden, um Chancen friedlicher Entwicklung zu eröffnen.

So lange es mit der Macht des Geldes gelingt, Regierungen als Gesetzgeber für Konzerninteressen zu kaufen und Parteifunktionäre mit Spenden und Karriereversprechen zu ködern, scheitern die Aufklärungsbemühungen so hervorragender Journalisten wie Fabian Scheidler und Harald Schumann. Die Faktenanalyse kapitalistischer Verbrechen und Täuschungsmanöver von Prof. Rainer Mausfeld trifft leider überwiegend auf Gleichgültigkeit und Ignoranz. Manipulierte bzw. „zum Selbstschutz“ auferlegte Denkverbote sind Ursachen passiver Duldsamkeit.

Nicht sämtliche Kriegsverbrechen lassen sich vertuschen; dem Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser ist es zu verdanken, dass viele wahrheitswidrige Kriegsprovokationen unwiderlegbar öffentlich wurden. Erstaunlich ist, dass es Politikern gelingt, ihn als Verschwörungstheoretiker zu diffamieren, obgleich er die Indizien

ausbeuterischer Energieaneignung offenlegt.

Die Alternativen liegen auf der Hand:

- Natürliche Sonnenenergie ist insgesamt im Überfluss vorhanden. Ihre unmittelbare Umwandlung in Arbeits- und Nutzenergie vermeidet sämtliche Gemeinwohl Nachteile nuklearer und fossiler Energieausbeutung. Mit Verhinderung der Speicherung natürlicher saisonaler Überschussenergie soll der Bevölkerungsmehrheit Glauben gemacht werden, dass keine ganzjährige sichere Energieversorgung mit Sonnenenergie möglich ist.
- Natürliche Sonnenenergie, die dem Versorgungsprinzip und nicht der Kapitalvermehrung dient, schafft saubere und gute Arbeit. Damit wird die Lüge vom Verlust der mit Kohleverstromung verbundenen Arbeitsplätze enttarnt, die insbesondere regierende SPD-Politiker permanent wiederholen. Sie verursachen damit vermeidbare Arbeitslosigkeit durch fehlende Qualifikationsanpassung an die Erfordernisse

Fortsetzung auf Seite 20

Aktualisierte Rote Liste zeigt: In Brandenburg geht es vielen Libellenarten besser

Presseinformation des Ministerium für Ländliche Entwicklung
Umwelt und Landwirtschaft vom 02. März 2018

Potsdam – Früher war doch nicht alles besser, zu diesem Ergebnis kommt die gerade erschienene, aktuelle Rote Liste der Libellen des Landes Brandenburg. Insgesamt 69 verschiedene Libellenarten kommen in Brandenburg vor. Zum Vergleich: In Deutschland sind es insgesamt 81 Arten. Alle der bei uns jemals nachgewiesenen Arten kommen auch heute noch vor, allein das ist schon eine sehr erfreuliche Tatsache. Brandenburg gilt mit seinen fast 3000 natürlich entstandenen Seen sowie vielen künstlichen Gewässern wie Kies- und Tongruben, zahlreichen Kleingewässern und einem ausgedehnten Netz von Fließgewässern als das gewässerreichste Bundesland Deutschlands und hat viele für Libellen günstige Lebensräume zu bieten. Dass es heute vielen Arten besser geht, ist in erster Linie der deutlichen Verbesserung der Wasserqualität der meisten Fließ- und Standgewässer zu verdanken. Zahlrei-

che Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur von Fließgewässern und viele Renaturierungsmaßnahmen zeigen bei dieser Artengruppe Wirkung. Zu ähnlichen Ergebnissen kam bereits die vor sechs Jahren aktualisierte Rote Liste der Fische und Rundmäuler Brandenburgs.

Vor allem einige Arten der Fließgewässer konnten sogar aus der Roten Liste der Libellen entlassen werden und gelten nicht mehr als bestandsbedroht. Dazu gehören die Blauflügel-Prachtlibelle, die Gemeine und die Asiatische Keiljungfer, die Grüne Flussjungfer und der Kleine Blaupfeil. Auch einzelne seltene Arten wie Kleine Zangenlibelle und Gebänderte Heidelibelle konnten ihre Bestände offensichtlich auf niedrigem Niveau stabilisieren.

Dennoch sind bei einigen Arten auch negative Entwicklungen zu verzeichnen. Zwerglibelle, Speer-Azurjungfer, Torf- und Hochmoor-Mosaikjungfer

sowie die Kleine und die Nordische Moosjungfer als typische Arten intakter Moorgebiete zeigen anhaltend negative Bestandstrends und mussten entweder in die Rote Liste neu aufgenommen oder in der Gefährdungskategorie höher gestuft werden. Einheitlich ist der Trend nicht: Mit der Gefleckten Smaragdlibelle und der Großen Moosjungfer konnten einzelne Arten der Moore auch Nutzen aus erfolgreichen Moorschutzprojekten ziehen. Erfreulich ist, dass einige Libellenarten, für deren Erhaltung Brandenburg eine deutschland- oder sogar weltweite Verantwortung trägt, stabile und zum Teil wachsende Bestände aufweisen. Hierzu gehören die häufigen Arten Blaugrüne Mosaikjungfer und Spitzenfleck.

Von den neun Libellenarten, die in den Anhängen der europäischen FFH-Richtlinie gelistet und für die daher besondere Schutzmaßnahmen erforderlich sind, befindet sich allerdings

nur die Zierliche Moosjungfer in einem hervorragenden Erhaltungszustand, bei zwei Arten ist der Zustand als kritisch anzusehen. In erster Linie im Zusammenhang mit den klimatischen Veränderungen ist die weitere Ausbreitung oder sogar neue Zuwanderung von Libellenarten zu sehen, die ihren Verbreitungsschwerpunkt im Süden und Südosten Europas haben. So sind die Feuerlibelle und die Südliche Moosaikjungfer bei uns mittlerweile als heimisch anzusehen, während die Entwicklung bei einigen, erst in den letzten zehn Jahren bei uns erstmals nachgewiesenen Arten, wie der Südlichen Heidelibelle oder der Scharlachlibelle, noch weiter beobachtet werden muss. „Jüngster“ Zuwanderer ist übrigens der Östliche Blaupfeil, der im Jahr 2016 erstmals in der Bergbaufolgelandschaft

in der Nähe der Grenze zu Sachsen nachgewiesen werden konnte. Die heute möglichen, recht genauen Einschätzungen der Bestandssituation der einzelnen Libellenarten wurden im Übrigen vor allem durch die sorgfältige Arbeit der zahlreichen ehrenamtlich tätigen Arterfasser in Brandenburg möglich, zu denen auch die Autoren der aktuellen Roten Liste der Libellen gehören. Auf der Basis dieser Arbeiten konnte bereits 2013 die Libellenfauna Brandenburgs in einer Schriftenreihe des Landesamtes für Umwelt herausgegeben werden. Doch auch intensivierte Untersuchungen zur Gewässerqualität im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmen-Richtlinie steuerten Ergebnisse zu aktuellen Roten Liste bei. Das Landesamt für Umwelt gibt nach Vorgaben des Brandenburger

Naturschutz- Anpassungsgesetzes in Umsetzung des Bundesnaturschutzgesetzes regelmäßig Rote Listen gefährdeter Arten heraus. Die Bewertung der Gefährdung erfolgt dabei seit über 20 Jahren nach einem System von bundesweit abgestimmten, objektiven Bewertungskriterien. Seit 1997 wurden in Brandenburg Rote Listen für 15 verschiedene Artengruppen teilweise mehrfach aktualisiert. In Vorbereitung befinden sich derzeit neue Listen für Säugetiere, Heuschrecken, Weichtiere sowie Pflanzengesellschaften.

■ Presseinformation des MLUL

Weitere Informationen:

<http://www.lfu.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.310784.de>

Werde Mitglied der Grünen Liga Brandenburg e. V.



Einzelmitglied	<input type="checkbox"/>	25,00 Euro / Jahr	oder ermäßigt	<input type="checkbox"/>	12,50	Euro / Jahr
Fördermitglied	<input type="checkbox"/>	ab 50,00 Euro / Jahr	Gruppenmitglied	<input type="checkbox"/>	75,00	Euro / Jahr

Vor- / Zuname*:

KontoinhaberIn*:

Adresse*:

Kreditinstitut*:

E-Mail-Adresse:

BIC*:

Telefon:

Geb.-Datum:

IBAN*:

*Pflichtangaben

Ich zahle per SEPA-Lastschrift und erteile eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Lastschriftmandat für die:

Grüne Liga Brandenburg e. V. ,Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Ich ermächtige die Grüne Liga Brandenburg e. V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Grünen Liga Brandenburg e. V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt. Die Einzugsermächtigungen / das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich/Wir möchte(n), dass der Beitrag bis auf Widerruf von meinem/unserem Konto abgebucht wird

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto der Grünen Liga Brandenburg e. V.

IBAN: DE22 1806 2678 0000 0550 00 BIC: GENODEF1FWA

Datum / Ort

Unterschrift

Hinweis: Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite www.grueneliga-brandenburg.de einzusehen.

Fortsetzung von Seite 18
der Energiewende.

- Gesetzesinitiativen zur Energieversorgung dürfen nicht den Verfechtern leistungsloser Geldvermehrung, sondern müssen Akteuren anvertraut werden, die ihre fachliche Qualifikation in den Dienst des Klimaschutzes und der Kriegsverhinderung stellen. Beispielhaft dafür sind die Initiativen Prof. Dr. Volker Quaschnings von der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.
- Im Vergleich mit dem Aufwand zur Ausbeutung nuklearer und fossiler Energieträger ist die naturverbundene solare Energieversorgung ein Geschenk für die gesamte Zivilgesellschaft. Sie ist Gegenpol zum Tributsystem der herrschenden Klasse. Dieses Tributsystem für leistungslose Gewinne führt in die Klimakatastrophe, von der letzten En-

des niemand ausgenommen ist. Noch kann sie verhindert bzw. abgemildert werden!

- Natürliche Solarenergie kann nicht in Privatkapital umwandelt werden. Sie ist deshalb für Begründung und Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen unbrauchbar. Wettbewerb um die Nutzung von Solarenergie ist frei von kriegerischen Konflikten.
- Der Handel mit Technik zur Umwandlung natürlichen Energieaufkommens in Arbeitsenergie ist auf gegenseitigem Vorteil gegründet. Diskriminierende Handelsabkommen zwischen Staaten sind ausgeschlossen, wenn sich Politiker nicht mehr als Steuereintreiber für verdeckte Subventionierung der Kartelle missbrauchen lassen. Das Gleiche gilt für Handel mit nuklearer und fossiler Energie. Dieser Handel ist im Grunde gesetzlich organisierte

Kriminalität um leistungslose Gewinne. Gegenwärtig wird bei Energieproduktion und deren Transporte in der EU und in Deutschland mittels steuerfinanzierter Trassen die Konkurrenz vom Photovoltaik und Windkraftanlagen weitgehend ausgeschaltet. Ursache ist die privatkapitalistische Dominanz der Energiegesetzgebung. Die Konzerne von EON und RWE liefern dafür für jedermann offensichtliche Beispiele.

- Als zweckdienliche Alternative zum Tributsystem der Konzerne tritt das Bündnis Bürgerenergie (BBEn) für Energiewende und Klimaschutz durch lokale Strommärkte ein.

■ Dieter Brendahl

Literatur:

www.kurzelinks.de/DieterBrendahl-QuelleArtikelLibell

VISIONEN HABEN

HANDELN ANREGEN

NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIELFALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIELFÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDE ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN; SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGEHEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

Impressum

Herausgeber und Verleger:
Grüne Liga Brandenburg e. V.
Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga-brandenburg.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Michael Ganschow,
Matthes Koellmann, Stefan Kuckuck,
Rebekka Roch, Christine Titel,
Katrin Fahrrenz (Libell Logo)

Erscheinungsweise: quartalsweise

Preis: 1,00 Euro

bei Mitgliedern im Beitrag enthalten

Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindung:

Inhaber: Grüne Liga Brandenburg e. V.

VR Bank Lausitz

IBAN

DE13 1806 2678 0200 0550 00

BIC: GENODEF1FWA

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.